

## 5 Ergebnisse und Diskussion

### 5.1 Ergebnisse

Die Ergebnisse zu den einzelnen Hypothesen präsentiere ich in den nachfolgenden Unterabschnitten, gebündelt nach Hypothesen, welche nah beieinander liegen. Für jede Hypothese werden dabei jene Ergebnisse – die quantitativen und/oder die qualitativen – besprochen, welche gemäss der Auflistung in Tabelle 11 für die jeweilige Hypothese verfügbar sind. Für die quantitative Auswertung der Inhaltsanalyse kommen teils Zeitreihenmodelle zum Einsatz, teils einfache lineare Modelle (vgl. Unterunterabschnitt 4.3.1). Um was für ein Modell es sich warum jeweils handelt, wird im Text besprochen. Der Unterschied lässt sich aber auch aus den zusammenfassenden Tabellen ablesen: Wenn in einer Tabelle die Spalte «SE» («Standard Error»; Standardfehler) vorhanden ist, handelt es sich um ein einfaches lineares Modell. Wenn hingegen die Spalte «PCSE» («Panel-Corrected Standard Error»; panel-korrigierter Standardfehler) vorhanden ist, bedeutet dies, dass es sich um eine Zeitreihe handelt. Alle Zeitreihen verwenden die Zeiteinheit eines Tages.

In die Medienstichprobe fallen, wie in Unterunterabschnitt 4.2.1 beschrieben, eine Reihe Deutschschweizer Titel. Für die quantitative Auswertung arbeite ich nicht mit den Themenagenden auf der Ebene einzelner Titel, sondern aggregiere die ganze Medienstichprobe zu einer Medienagenda. Für diese Aggregation habe ich eine Transformation bei drei Titeln bzw. Sendungen gemacht, damit die aggregierte Medienagenda Sinn macht. Echo der Zeit, die Tagesschau und Blick am Abend erscheinen jeweils abends, das restliche Mediensample frühmorgens. Das bedeutet, banalerweise, dass Echo der Zeit, Tagesschau und Blick am Abend an dem Tag, an welchem sie erscheinen, über diesen Tag berichten. Auf die Bundesversammlung bezogen: Diese drei Titel können dann, wenn sie erscheinen, über das Parlamentsgeschehen an demselben Tag berichten, da der National- und Ständerat morgens und nachmittags tagen. Die anderen Titel in der Medienstichprobe hingegen erscheinen allesamt frühmorgens, sodass sie erst am nächsten Tag über das Parlamentsgeschehen berichten können. Für das Aggregieren der Medienstichprobe ist es darum nötig, alle Titel in der Medienstichprobe zeitlich aneinander anzugleichen. Dazu habe ich vor der Aggregation bei Echo der Zeit, Tagesschau und Blick am Abend einen «Lag», also eine Verzögerung, eingebaut. In der Datenstruktur sind die Agenden dieser drei Titel um einen Tag verzögert, damit vom zeitlichen Bezug her mit den anderen Titeln identisch sind. Das bedeutet beispielsweise, dass eine Ausgabe der Tagesschau von einem Montag mit der Verzögerung zeitlich auf einen Dienstag gelegt wurde, um die zeitliche Logik von Zeitungen zu simulieren.

### 5.1.1 H1 und H2: Medieneinfluss auf Abstimmungsverhalten

Die ersten zwei Hypothesen betreffen das Abstimmungsverhalten im National- und Ständerat. Abstimmungen zu unterschiedlichen Vorlagen stellen gewissermassen den wesentlichen Moment der Entscheidungsfindung während der Session dar. Ich postuliere, dass das Abstimmungsverhalten sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat nicht dadurch beeinflusst wird, dass über die abzustimmenden Geschäfte in den Medien berichtet wird:

- **Hypothese H1:** Abstimmungen im Nationalrat sind nicht durch die vorangehende Berichterstattung zu den betroffenen Geschäften beeinflusst.
- **Hypothese H2:** Abstimmungen im Ständerat sind nicht durch die vorangehende Berichterstattung zu den betroffenen Geschäften beeinflusst.

Diese Hypothesen teste ich sowohl mit Daten der Inhaltsanalyse wie auch mit Daten aus den Interviews. Für den inhaltsanalytischen Aspekt betrachte ich Gesamt- und Schlussabstimmungen im National- und im Ständerat. Um eine quantifizierende Annäherung zwischen Abstimmungsverhalten und Berichterstattung zu schaffen, verwende ich ein einfaches lineares Modell. Konkret vergleiche ich für jede Session, ob der Anteil der Ja-Stimmen bei einer Gesamt- oder Schlussabstimmung durch den Anteil der Medienberichterstattung zu diesem Geschäft beeinflusst wird. Die Fallzahlen sind insgesamt eher gering, sodass die Ergebnisse als explorative Annäherung, nicht aber als abschliessendes Ergebnis betrachtet werden können. Die Anzahl der erfassten Abstimmungen pro Kammer und Jahr ist in Tabelle 12 zusammengefasst.

**Tabelle 12:** Anzahl der untersuchten Abstimmungen für 1999, 2005 und 2011.

Jahr	Kammer	Abstimmungen
1999	Nationalrat	41
	Ständerat	41
2005	Nationalrat	22
	Ständerat	18
2011	Nationalrat	15
	Ständerat	21

Falls es einen Einfluss der Berichterstattung auf das Abstimmungsverhalten geben sollte, ist nicht klar, wie dieser aussehen könnte. In einem einfachen linearen Modell wird ein einfacher linearer Zusammenhang geprüft: Mehr Medienberichterstattung bedeutet entweder einen höheren oder einen tieferen Ja-Anteil. Ein solcher linearer Zusammenhang erschöpft das mögliche Spektrum an Effekten aber nicht. So ist es etwa denkbar, dass mehr Berichterstattung bis zu

einem gewissen Punkt zu weniger Ja-Anteilen führt, also zu knapperen<sup>35</sup> Abstimmungsergebnissen, um nach diesem Punkt der Sättigung wieder zu mehr Ja-Anteilen zu führen. Um auch die Möglichkeit solcher nicht-linearer Zusammenhänge zu prüfen, vergleiche ich für jede Kammer und für jedes Jahr zwei lineare Modelle: Eines, bei welchem nur der Berichterstattungsanteil den Prädiktor («unabhängige Variable») bildet, und zusätzlich ein lineares Modell mit einer polynomialen Komponente zweiten Grades in Form des quadrierten Berichterstattungsanteils. In beiden Modellen bildet, unverändert, der Ja-Anteil die Antwortvariable («abhängige Variable»). Über die Natur polynomialer Modelle herrscht bisweilen leichte Verwirrung, weil solche Modelle nicht-lineare Zusammenhänge abbilden. Es handelt sich bei polynomialen Modellen aber nach wie vor um lineare Modelle; die abgebildeten Zusammenhänge sind zwar nicht linear, aber das diesen Schätzungen zugrundeliegende Modell ist es (Montgomery, Peck und Vining 2012; Seber und Lee 2012). Um einzuschätzen, welches der Modelle für die jeweilige Kammer und das jeweilige Jahr besser zu den Daten passt, habe ich die Modelle anhand des Schwarz Criterion (G. Schwarz 1978), auch als Bayesian Information Criterion bekannt, verglichen. Die Ergebnisse der Schätzungen sind in Tabelle 13 zusammengefasst.

In der Mehrheit der Fälle hat passt das polynomiale Modell besser zu den Daten als das einfache lineare Modell. Für 1999 ist ein polynomiales Modell in beiden Fällen das passendere, aber für 2005 nur für den Ständerat und 2011 nur für den Nationalrat. Wenn für die Prädiktoren in den Modellen allerdings die p-Werte<sup>36</sup> als Annäherung für die wahrscheinliche Güte der Modelle betrachtet werden, zeigt sich, dass die Schätzungen nicht überall gleich hohe Güte haben. Die Schätzungen für 1999 und 2005 haben tiefere p-Werte, und für 1999 und 2005 sind auch die Effektstärken grösser als 2011. Die stärksten Effekte sind für 1999 vorhanden, die schwächsten für 2011. Dieses Bild wird auch durch den Anteil der erklärten Varianz pro Modell, dem korrigierten  $R^2$ , gestützt. Die Modelle für 2011 erklären am wenigsten, jene für 1999 und 2005 annähernd gleich viel - bis auf den Ausreisser des Ständerates 2005, bei welchem 0.860 der Varianz durch das polynomiale Modell erklärt wird.

Die Effektstärken der quadrierten Prädiktoren in Tabelle 13 sind intuitiv nicht einfach nachvollziehbar, da es sich um die quadrierten Berichterstattungsanteile handelt. Es ist darum

<sup>35</sup> Als Indikator für «Knappheit» verwende ich schlicht den Ja-Anteil bei den Abstimmungen. Da alle untersuchten Abstimmungen mehr als 50% Ja-Anteil haben, funktioniert dieses Vorgehen. Gäbe es allerdings auch Abstimmungen mit weniger als 50% Ja-Anteil, müssten die Daten umgewandelt werden, z.B. nach dem Muster  $\langle \text{Knappheit} = 1 - \text{Ja-Anteil} \rangle$ .

<sup>36</sup> Ich verzichte auf das Markieren von «Signifikanzen» anhand der konventionellen Grenzen von 0.001, 0.01 und 0.05. Das frequentistische Arbeiten mit p-Werten ist grundsätzlich problematisch (J. Cohen 1990, 1994; Zhu 2012), und ein Abstufen der p-Werte in «Signifikanzen» ist schlicht komplett willkürlich. Der p-Wert gibt an, wie wahrscheinlich die beobachteten Daten gegeben des Nullmodells sind (Gelman 2013); den p-Wert in «Signifikanzen» abzustufen, ist widersinnig.

**Tabelle 13:** Einfluss des Berichterstattungsumfangs auf das Abstimmungsverhalten 1999, 2005 und 2011.

Jahr	Kammer	Prädiktoren	Schätzung	SE	p
1999	Nationalrat	Berichterstattungsanteil	-3.598	1.042	0.001
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	9.063	2.866	0.003
	Ständerat	Berichterstattungsanteil	-2.950	0.738	0.000
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	6.915	1.873	0.001
2005	Nationalrat	Berichterstattungsanteil	-1.089	0.426	0.019
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	-	-	-
	Ständerat	Berichterstattungsanteil	-2.990	0.416	0.000
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	5.236	1.097	0.000
2011	Nationalrat	Berichterstattungsanteil	-0.893	0.481	0.088
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	1.101	1.610	0.133
	Ständerat	Berichterstattungsanteil	-0.341	0.396	0.399
		Berichterstattungsanteil <sup>2</sup>	-	-	-

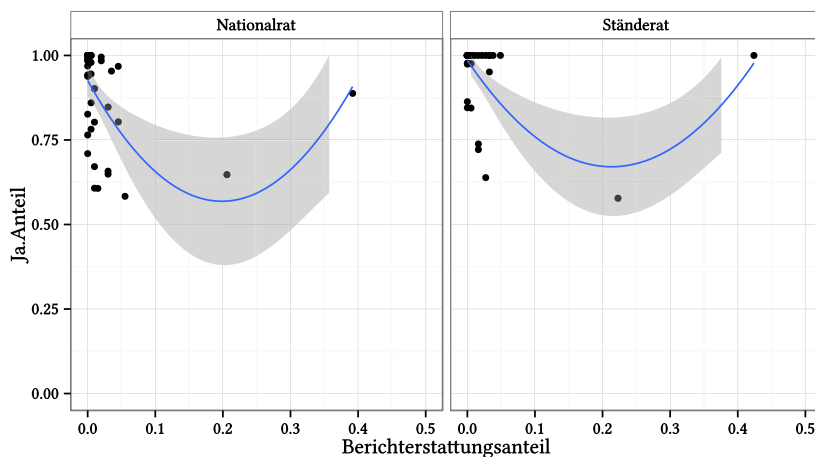
Berücksichtigt sind nur Gesamt- und Schlussabstimmungen. Der Berichterstattungsanteil gibt an, welchen Anteil die Berichterstattung zu einem einzelnen Geschäft an der gesamten Berichterstattung zu den Geschäften mit Gesamt- oder Schlussabstimmung ausmacht. Wenn für bestimmte Werte nur «-» angegeben ist, bedeutet das, dass das beste Modell für diesen Fall ein einfaches lineares ohne polynomiale Komponente ist. Das korrigierte  $R^2$  beträgt 1999 für den Nationalrat 0.204, für den Ständerat 0.265; 2005 für den Nationalrat 0.209 und für den Ständerat 0.860; 2011 für den Nationalrat 0.116 und für den Ständerat -0.013.

nützlich, die Modelle in visueller Form zu betrachten. Die Modelle für den National und den Ständerat für 1999 sind in Abbildung 5 visualisiert.

Beide Modelle weisen eine U-Kurve auf. Das bedeutet, dass mit höherem Berichterstattungsanteil der Ja-Anteil zunächst abnimmt, um ca. bei dem Punkt 0.2 des Berichterstattungsanteiles wieder zuzunehmen. Allerdings ist aus Abbildung 5 auch ersichtlich, dass dieser Verlauf im Wesentlichen durch je zwei Punkte bedingt ist. Allein auf dieser Datengrundlage kann nicht behauptet werden, dass es sich um tatsächliche Zusammenhänge handelt und nicht bloss um Effekte, welche durch Ausreisser verursacht sind. Aus den Visualisierungen der Modelle für 1999 wird darüber hinaus ersichtlich, dass, erstens, viele Geschäfte, über welche abgestimmt wird, nur wenig Berichterstattung erhalten. Die meisten Abstimmungen haben, zweitens, klare Mehrheiten in der Grössenordnung von 75% und mehr Ja-Stimmen. Die zwei Modelle der Abstimmungen im National- und im Ständerat 2005 sind in Abbildung 6 visualisiert.

Für 2005 ist das beste Modell für die Abstimmungen im Nationalrat ein einfaches lineares, jenes für die Abstimmungen im Ständerat ein polynomiales. Für das Modell des Ständerates ist erneut eine U-förmige Verteilung vorhanden, auch dieses Mal mit einem Wendepunkt um

**Abbildung 5:** Zusammenhang zwischen Abstimmungsverhalten im National- und Ständerat und dem Umfang der Berichterstattung für 1999.

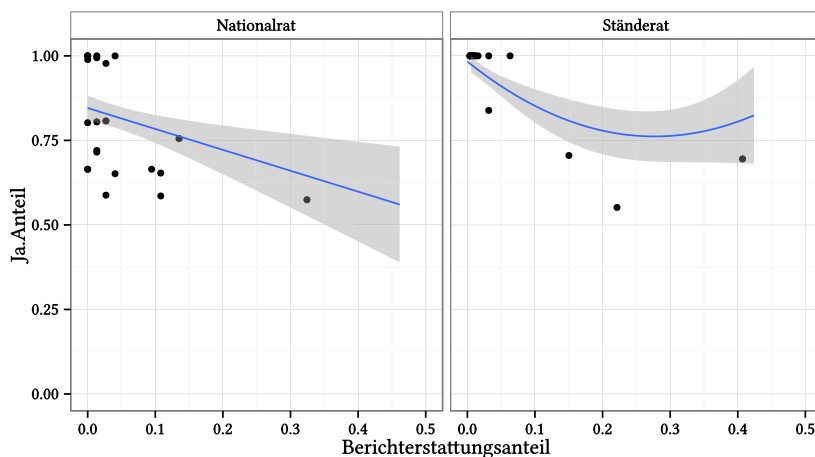


Berücksichtigt sind nur Gesamt- und Schlussabstimmungen. Der Berichterstattungsanteil gibt an, welchen Anteil die Berichterstattung zu einem einzelnen Geschäft an der gesamten Berichterstattung zu den Geschäften mit Gesamt- oder Schlussabstimmung ausmacht. Somit zeigt jeder Punkt an, wie hoch der Ja-Anteil zu diesem Gegenstand bei der Abstimmung ist, sowie, wie hoch der Berichterstattungsanteil dieses Gegenstandes ist. Die Art der Regressionslinie gibt an, welches Modell den besten Fit zu den Daten hat; ein einfaches lineares Modell (gerade Linie) oder ein polynomiales Modell ersten Grades (Kurve). Die graue Fläche ist das 95%-Konfidenz-Band.

ca. 0.2 bei dem Berichterstattungsanteil. Anders als bei den Modellen für 1999 in Abbildung 5 sind es möglicherweise nicht bloss Ausreisser, welche diesen Zusammenhang hervorbringen. Allerdings ist die allgemeine Fallzahl gering, sodass das Modell auch nicht sehr zuverlässig ist. Dasselbe gilt für das lineare Modell für den Nationalrat, bei welchem der Verlauf des Zusammenhanges sehr stark durch einen Ausreisser geprägt ist. Die Modelle für 2011 schliesslich sind in Abbildung 7 visualisiert.

Für 2011 weist das Modell der Abstimmungen im Nationalrat eine U-förmige Verteilung auf. Auch bei dieser Kurve liegt der Sättigungspunkt bei ca. 0.2 des Berichterstattungsanteils. Für den Ständerat ist das beste Modell ein einfaches lineares, aber trotzdem kein sehr plausibles: Verhältnismässig viele Abstimmungen sind einstimmig angenommen, ohne, dass Berichterstattung mit dem Ergebnis einhergeht. Handkehrum weisen einige Abstimmungen einen variierenden Grad an Ja-Anteilen auf, und zwar wiederum ohne, dass das Ausmass an Berichterstattung

**Abbildung 6:** Zusammenhang zwischen Abstimmungsverhalten im National- und Ständerat und dem Umfang der Berichterstattung für 2005.

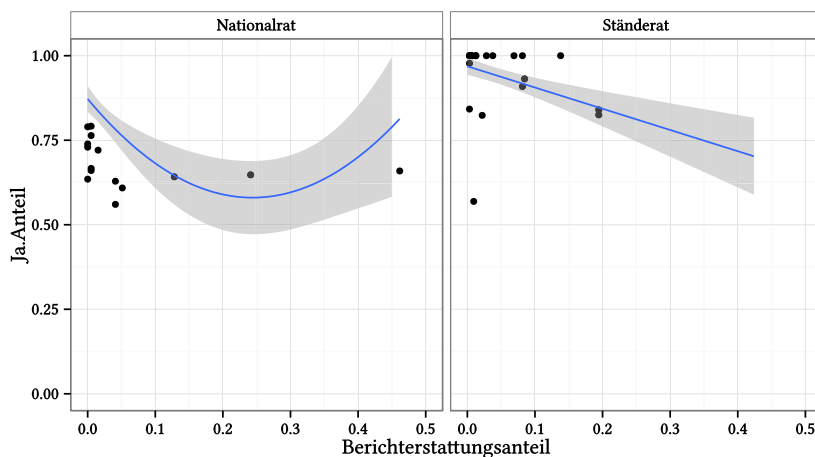


Berücksichtigt sind nur Gesamt- und Schlussabstimmungen. Der Berichterstattungsanteil gibt an, welchen Anteil die Berichterstattung zu einem einzelnen Geschäft an der gesamten Berichterstattung zu den Geschäften mit Gesamt- oder Schlussabstimmung ausmacht. Somit zeigt jeder Punkt an, wie hoch der Ja-Anteil zu diesem Gegenstand bei der Abstimmung ist, sowie, wie hoch der Berichterstattungsanteil dieses Gegenstandes ist. Die Art der Regressionslinie gibt an, welches Modell den besten Fit zu den Daten hat; ein einfaches lineares Modell (gerade Linie) oder ein polynomiales Modell ersten Grades (Kurve). Die graue Fläche ist das 95%-Konfidenz-Band.

damit einherginge. Angesichts der in Tabelle 13 festgehaltenen geringen Erklärungskraft der Modelle für 2011 und der hohen p-Werte der Schätzungen müssen die Modelle für 2011 als sehr unzuverlässig angesehen werden.

Die quantitativen Ergebnisse zum Einfluss der Berichterstattung auf das Abstimmungsverhalten sind insgesamt eher unklar. Die Fallzahlen sind insgesamt gering, sodass die quantitativen Schätzungen nur grobe Annäherungen ist. Es ist aber auffällig, dass die Mehrheit der Modelle einen U-förmigen Verlauf zeichnet und, dass bei allen Verläufen der Sättigungspunkt in etwa bei demselben Umfang an Berichterstattung liegt. Sollte es tatsächlich einen solchen Effekt geben, würde das bedeuten, dass mehr Berichterstattung tendenziell zu geringeren Ja-Anteilen führt, um nach einem Sättigungspunkt wieder zu mehr Ja-Anteilen zu führen. Was könnte das aus der Perspektive der betroffenen Akteure bedeuten? Mit einer steigenden Prominenz eines Geschäftes steigen möglicherweise auch die Anreize, nicht konsensuell abzustimmen, aber nur

**Abbildung 7:** Zusammenhang zwischen Abstimmungsverhalten im National- und Ständerat und dem Umfang der Berichterstattung für 2011.



Berücksichtigt sind nur Gesamt- und Schlussabstimmungen. Der Berichterstattungsanteil gibt an, welchen Anteil die Berichterstattung zu einem einzelnen Geschäft an der gesamten Berichterstattung zu den Geschäften mit Gesamt- oder Schlussabstimmung ausmacht. Somit zeigt jeder Punkt an, wie hoch der Ja-Anteil zu diesem Gegenstand bei der Abstimmung ist, sowie, wie hoch der Berichterstattungsanteil dieses Gegenstandes ist. Die Art der Regressionslinie gibt an, welches Modell den besten Fit zu den Daten hat; ein einfaches lineares Modell (gerade Linie) oder ein polynomiales Modell ersten Grades (Kurve). Die graue Fläche ist das 95%-Konfidenz-Band.

bis zu einem gewissen Grad. Ab dann dreht der Effekt und mit steigender Berichterstattung nehmen die Anreize, konsensuell abzustimmen, wieder zu. Ob ein solcher Effekt ein Handeln nach den Politiklogiken oder nach den Medienlogiken bedeuten würde, ist unklar. Es könnte einerseits sein, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier die unterschiedliche umfangreiche öffentliche Thematisierung der Geschäfte als Signal für die Präferenzen des Prinzipals, also der Bürgerinnen und Bürger deuten und ihr Handeln darum anpassen. Es könnte andererseits aber auch sein, dass sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier strategisch nach dem Umfang der Berichterstattung richten, allein, um auf die über die Berichterstattung wahrgenommenen Präferenzen der Medien hinzuhandeln. Für beide Lesarten genügt aber die Analyse des blossen Umfangs der Berichterstattung nicht. Handlungstheoretisch spielt es für die beteiligten Akteure sowohl im Parlament wie auch in den Medien möglicherweise eine Rolle, welche konkreten Geschäfte zur Abstimmung anstehen.

Diese Vermutung, dass der Einfluss der Berichterstattung auf das Abstimmungsverhalten kein konstanter Effekt ist, sondern, dass der Effekt punktuell und kontingent ist, wird durch die betroffenen Akteure selber in den Interviews geäußert. Ein Mitglied des Nationalrates beschreibt den Einfluss auf das Abstimmungsverhalten wie folgt:

Und insofern, ja, ist es tatsächlich, ist der Einfluss auch auf Parlamentsgeschäfte nicht zu unterschätzen medial. Aber es ist, so direkt, wie ich es jetzt beschreibe, ist es nicht die Regel. Man kann vielleicht von aussen den Eindruck erhalten, weil es ist, es hängt mit dem, was ich vorher gesagt habe zusammen, weil das Gros der Geschäfte geht wie unter dem medialen Radar durch und ist gar nie medial derart präsent.

Ein Mitglied des Ständerates beschreibt die Kontingenz dieses Einflusses als vor allem bei komplexen Geschäften spürbar:

Also bei komplexen Themen bin ich überzeugt, dass das so ist. Dass die Stimme, wie es dann draussen tönt, natürlich zum Teil auch dann zurück in den Ratssaal geht und, dass man da natürlich entweder verunsichert oder dann aber auch, ja als positiv dann betrachtet wird, dass man da sicher ist: Ja, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Also eindeutig.

Ein weiteres Mitglied des Ständerates beschreibt, dass nicht nur der blosse Umfang der Berichterstattung eine Rolle spielt, sondern auch, was genau der Zweck der Berichterstattung ist:

Ja, da bin ich überzeugt. Also wenn jetzt irgendein vermeintliches Problem hochgekocht wird, und sich dann eigentlich herausstellt, dass es halb so schlimm ist und man sich fragt, ob das ein Problem war oder nicht.

In dieser Beschreibung des Einflusses der Berichterstattung auf das Abstimmungsverhalten hat eine solche Berichterstattung einen Einfluss, welche nicht bloss hohen Umfang hat, sondern, welche zusätzlich aktiv ein Thema problematisiert und damit die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten bewegt. Eine solche Dynamik von Nachrichtenwellen im Kontext von Problemakzentuieren, oder auch Skandalisierung, wird bisweilen als «Medienhype» beschrieben (Wien und Elmelund-Præstekær 2008, 2009). Dieselbe Dynamik nimmt auch ein weiteres Mitglied des Ständerates wahr:



Ja, das ist sicher so und ich glaube, da ist der Vorteil des Zweikammersystems in der Schweiz, weil dann reicht etwas, das heute sehr aktuell ist und brennt, dass das heute im Nationalrat diskutiert wird und beschlossen wird und dann 3 Monate später im Ständerat ist dann vielleicht der Pulverdampf etwas verzogen, also ich glaube insofern schon, ja.

Auch Journalistinnen und Journalisten nehmen diese Medienhype-Dynamik im Kontext parlamentarischer Abstimmungen wahr. Ein Journalist hat eine solche Hype-Episode geschildert:

Sicher. Ganz klar. [...] Es gab vor ein paar Jahren mehrere Zwischenfälle mit gefährlichen Kampfhunden; es gab ein, zwei schlimme Unfälle, wo auch Kinder getötet wurden. Und nachher hat dann der Blick eine Art Petition lanciert, welche Unterschriften gesammelt, "Macht jetzt endlich etwas", oder.

In diesem Beispiel hat der Hype zu einer zunächst symbolischen Geste geführt, einer Petition, im weiteren Verlauf dann aber auch zu einem von der Bundesversammlung verabschiedeten Gesetz. Diese Hype-Dynamik kommt, so eine Journalistin, dann zur Geltung, wenn mit dem behandelten Thema eine gewisse emotionale soziale Erwünschtheit einhergeht:

Aber es gibt natürlich schon sehr heikle Themen. Also ich erinnere mich an die Pädophilie-Initiative zum Beispiel. Die wurde ja medial sehr eng begleitet, schon vor der Abstimmung und im Parlament. [...] Also, dass dann unter dem medialen Druck von: Jetzt weiss man genau, jetzt schauen die Medien zu, wie jetzt abgestimmt wird. Dass sich da jemand der Stimme enthält, zufällig nicht im Saal ist oder anders stimmt als er vielleicht sonst gestimmt hätte, das mag durchaus vorkommen.

Aber solche Beeinflussung des Abstimmungsverhalten bleibt, so auch die Meinung der Journalistinnen und Journalisten, punktuell und kontingent. Es ist eher die Ausnahme als die Regel, wie eine Journalistin einschätzt:

Wahrscheinlich gibt es Fälle. Auch das wäre wissenschaftlich zu untersuchen. Wahrscheinlich gibt es Fälle. Aber in der Mehrheit kann ich mir das wenig vorstellen.

Eine notwendige Bedingung für Fälle, in denen Medien einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ausüben, ist, dass die Berichterstattung nicht nur in einzelnen Titeln vorhanden ist, sondern titelübergreifend behandelt wird. Dazu meint ein Journalist:

Ja, es muss aber eine grosse Medienöffentlichkeit sein. Ich glaube, es ist jetzt; eine einzige Zeitung, die irgendwas macht, glaube ich weniger, aber wenn vielleicht mehrere Medien über irgendwas berichten.

Die quantitativen und qualitativen Befunde zeichnen insgesamt ein schlüssiges Bild. Das Abstimmungsverhalten im National- und Ständerat kann durch Berichterstattung beeinflusst werden. Dieser Effekt ist aber nicht universal, sondern punktuell und kontingent. Mit diesen Befunden sind die Hypothesen H1 und H2 deutlich widerlegt.

### 5.1.2 H3, H4 und H5: Medieneinfluss auf Vorstösse und Fragestunden

Mit den Hypothesen H3 und H4 postuliere ich, dass sowohl die während einer Session eingereichten Vorstösse wie auch die Fragen in den Fragestunden inhaltlich durch die Berichterstattung der Medien beeinflusst wird. Mit der Hypothese H5 postuliere ich zusätzlich, dass dieser inhaltliche Einfluss der Medien bei den Fragestunden stärker als bei den Vorstössen ist:

- **Hypothese H3:** Die eingereichten Vorstösse sind durch die vorangehende Berichterstattung beeinflusst.
- **Hypothese H4:** Die Fragen in den Fragestunden des Nationalrates sind durch die vorangehende Berichterstattung beeinflusst.
- **Hypothese H5:** Fragen in den Fragestunden sind stärker durch Berichterstattung beeinflusst als die eingereichten Vorstösse.

Die Hypothesen H3, H4 und H5 prüfe ich sowohl quantitativ anhand der auf der Inhaltsanalyse basierenden Daten, als auch qualitativ anhand der Interviews. Für das quantitative Vorgehen arbeite ich dabei mit Zeitreihen wie auch mit einfachen linearen Modellen. Letzteres betrifft nur die Fragestunden, welche nicht geeignet für Zeitreihe-Analysen sind. Dies, weil es pro Session nur zwei Fragestunden gibt, welche jeweils zu Beginn der zweiten und der dritten Sessionswoche stattfinden. Die Fragestunden innerhalb der Zeitreihe für die anderen Teilarenen der Session, also der Geschäfte im National- und im Ständerat sowie der Vorstösse, zu analysieren, wäre darum nicht sinnvoll.

Die Zeitrihenmodelle können auf zwei Arten umgesetzt werden. Die erste Variante ist, die komplette Sessionsdauer, also die kompletten 23 Tage, als eine einzige Zeitreihe zu modellieren. Eine solche Analyse ist aber suboptimal, weil zwar die Medien alle 23 Tage eine Agenda haben, nicht aber das Parlament. Das Parlament tagt für alle drei Stichprobenjahre in der ersten Sessionswoche von Montag bis Donnerstag, in der zweiten Sessionswoche ebenfalls

von Montag bis Donnerstag, und in der letzten Sessionswoche von Montag bis Freitag. Darum habe ich für die Zeitreihen ein zweites, leicht aufwändigeres Vorgehen gewählt: Ich analysiere pro Session drei separate Zeitreihen, je eine pro Sessionswoche. Für die Hypothese H3 sind die eingereichten Vorstösse die Antwortvariable und die Medien die Prädiktorvariable. Dabei modelliere ich, dass die Medienagenda eines Tages die Vorstösse am folgenden Tag beeinflusst. Zusätzlich baue ich noch die Agenden der Geschäfte des National- und des Ständerates in das Modell mit ein. Mit diesen Kontrollvariablen wird zusätzlich geprüft, ob die Geschäfte des National- und des Ständerates an einem Tag die am Folgetag eingereichten Vorstösse beeinflussen. Die Ergebnisse der drei Zeitreihen für 1999 sind in Tabelle 14 zusammengefasst.

**Tabelle 14:** Einfluss der Berichterstattung auf eingereichte Vorstösse für 1999.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
19.09. - 23.09.	Medien <sub>t-1</sub>	0.057	0.031	0.065
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.002	0.012	0.849
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.001	0.010	0.882
26.09. - 30.09.	Medien <sub>t-1</sub>	0.059	0.047	0.207
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.003	0.020	0.868
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.003	0.012	0.808
03.10. - 08.10.	Medien <sub>t-1</sub>	0.000	0.012	0.997
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.012	0.011	0.269
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.003	0.006	0.575

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.001, für die zweite Woche 0.001 und für die dritte Woche 0.000.

Für 1999 ist das Bild ein sehr deutliches: Die Vorstösse sind weder durch die Agenda Medien, noch durch die Agenden der Geschäfte im National- und Ständerat beeinflusst. Einzig in der ersten Woche 1999 üben die Medien einen sehr kleinen Effekt aus, dessen p-Wert im Vergleich zu den anderen Schätzungen auch für die anderen zwei Wochen Anlass dazu gibt, einen möglichen Effekt zu vermuten.

Die Ergebnisse der Modelle für 2005 sind in Tabelle 15 zusammengefasst. Das Bild ist für die Modelle für 2005 ähnlich wie für jene für 1999. Erneut sind nur in der ersten Woche potenziell relevante Effekte vorhanden. Dieses Mal üben Medien mit 0.333 aber einen sehr starken Effekt aus, was gepaart mit dem tiefen p-Wert die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es sich um einen tatsächlichen Effekt handelt. Auch die Geschäfte des Nationalrates üben in dem Modell für die erste Woche 2005 einen Effekt mit verhältnismässig tiefem p-Wert aus. Der Effekt ist aber, erstens, sehr klein und, zweitens, negativ. Das würde bedeuten, dass Themen, welche

**Tabelle 15:** Einfluss der Berichterstattung auf eingereichte Vorstöße für 2005.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
18.09. - 22.09.	Medien <sub>t-1</sub>	0.333	0.035	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.001	0.012	0.905
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.019	0.009	0.030
25.09. - 29.09.	Medien <sub>t-1</sub>	-0.003	0.019	0.857
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.003	0.009	0.753
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.001	0.006	0.871
02.10. - 07.10.	Medien <sub>t-1</sub>	-0.013	0.018	0.473
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.007	0.009	0.426
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.002	0.005	0.656

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.029, für die zweite Woche 0.000 und für die dritte Woche 0.000.

Gegenstand der nationalrätlichen Debatten sind eher nicht am Folgetag als Vorstoss eingereicht werden. Die Ergebnisse der Modelle für 2011 sind in Tabelle 16 zusammengefasst.

**Tabelle 16:** Einfluss der Berichterstattung auf eingereichte Vorstöße für 2011.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
11.09. - 15.09.	Medien <sub>t-1</sub>	-0.008	0.036	0.818
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.002	0.014	0.882
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.003	0.012	0.789
18.09. - 22.09.	Medien <sub>t-1</sub>	-0.023	0.060	0.705
	Ständerat <sub>t-1</sub>	-0.004	0.025	0.878
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.001	0.014	0.921
25.09. - 30.09.	Medien <sub>t-1</sub>	0.003	0.016	0.842
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.004	0.008	0.626
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	-0.002	0.006	0.727

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.000, für die zweite Woche 0.000 und für die dritte Woche 0.001.

Die Vorstöße sind 2011 für keines der Modelle durch die Inhalte der Medien beeinflusst, ebenso wenig wie durch die Inhalte der Geschäfte des National- und des Ständerates. Gesamthaft also zeigen die Modelle, dass die Vorstöße in der ersten Woche 1999 möglicherweise leicht durch Medien beeinflusst sind, in der ersten Woche 2005 sehr wahrscheinlich durch die Medien beeinflusst sind und in den Wochen für 2011 sehr wahrscheinlich nicht durch Medien beeinflusst sind.

Um zu prüfen, ob die Fragestunden durch die Agenda der Medien beeinflusst sind, sind unterschiedliche Vorgehensweisen möglich. Die Fragen für die Fragestunden müssen spätestens am Mittwoch in der Woche vor der jeweiligen Fragestunde eingereicht werden. Es wäre somit möglich, einfach zu prüfen, ob die Medienagenda des Mittwochs in der Woche vor den Fragestunden einen Einfluss auf die eingereichten Frage hat. Fragen können aber auch vor diesem Mittwoch eingereicht werden. Darum erachte ich es als sinnvoll, mehr als nur einen Tag der Medienagenda als möglichen Prädiktor für die Fragestunden zu modellieren. Konkret untersuche ich den Einfluss der fünf letzten Tage bis und mit dem Mittwoch vor den Fragestunden. Die fünf Tage sind nicht willkürlich gewählt: Wenn die fünf Tage bis und mit Mittwoch in der Woche vor der jeweiligen Fragestunde analysiert werden, umfassen diese Tage auch das Wochenende, also Samstag und Sonntag. Die Ergebnisse der zwei Modelle für die Fragestunden 1999 sind in Tabelle 17 zusammengefasst.

**Tabelle 17:** Einfluss der Medienagenda auf Fragestunden für 1999.

	Prädiktor	Schätzung	SE	p
Fragestunde 1	Medien <sub>t-9</sub>	0.285	0.053	0.000
	Medien <sub>t-8</sub>	0.104	0.032	0.001
	Medien <sub>t-7</sub>	-0.025	0.030	0.413
	Medien <sub>t-6</sub>	-0.027	0.049	0.580
	Medien <sub>t-5</sub>	0.011	0.043	0.795
Fragestunde 2	Medien <sub>t-9</sub>	0.344	0.032	0.000
	Medien <sub>t-8</sub>	0.042	0.025	0.094
	Medien <sub>t-7</sub>	0.034	0.038	0.359
	Medien <sub>t-6</sub>	0.397	0.047	0.000
	Medien <sub>t-5</sub>	-0.018	0.040	0.653

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Fragestunde 0.037, für die zweite Fragestunde 0.429.

Bei der ersten Fragestunde 1999 üben die Medienagenden der zwei am weitesten zurückliegenden Tage, des Samstags (t-9) und des Sonntags (t-8) starke Effekte bei tiefem p-Wert aus. Für die zweite Fragestunde übt ebenfalls der Samstag vor der Eingabefrist (t-9) einen starken Effekt mit tiefem p-Wert aus, nicht aber der Sonntag. Dafür hat für die zweite Fragestunde die Medienagenda vom Donnerstag (t-6) vor Ablauf der Eingabefrist einen starken Effekt mit tiefem p-Wert. Die Schätzungen für 1999 legen also nahe, dass bei der ersten Fragestunde die Berichterstattung am Wochenende einen starken Einfluss auf die eingereichten Fragen hat. Bei der zweiten Fragestunde hat nur der Samstag vor Ablauf der Eingabefrist einen Effekt und nicht mehr das gesamte Wochenende. Dafür ist die zweite Fragestunde durch die Medienagenda vom

Donnerstag (t-6), also einem Tag vor Ablauf der Eingabefrist, beeinflusst. Die Ergebnisse der Modelle für die Fragestunden 2005 sind in Tabelle 18 zusammengefasst.

**Tabelle 18:** Einfluss der Medienagenda auf Fragestunden für 2005.

	Prädiktor	Schätzung	SE	p
Fragestunde 1	Medien <sub>t-9</sub>	0.087	0.041	0.032
	Medien <sub>t-8</sub>	0.104	0.048	0.030
	Medien <sub>t-7</sub>	-0.041	0.041	0.322
	Medien <sub>t-6</sub>	0.002	0.038	0.949
	Medien <sub>t-5</sub>	-0.002	0.029	0.948
Fragestunde 2	Medien <sub>t-9</sub>	0.137	0.027	0.000
	Medien <sub>t-8</sub>	-0.006	0.037	0.878
	Medien <sub>t-7</sub>	-0.060	0.027	0.027
	Medien <sub>t-6</sub>	0.073	0.047	0.118
	Medien <sub>t-5</sub>	0.014	0.032	0.670

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Fragestunde 0.008, für die zweite Fragestunde 0.037.

Die Ergebnisse der Modelle für 2005 sind jenen für die Modelle für 1999 ähnlich. Bei der ersten Fragestunde 2005 übt das Wochenende vor Ablauf der Einreichungsfrist, und damit die am weitesten entfernten Tage, die einzigen wahrscheinlich relevanten Effekte aus. Obschon aber die p-Werte verhältnismässig tief sind für den betroffenen Samstag (t-9) und Sonntag (t-8), ist der Effekt des Samstags (t-9) deutlich kleiner als in der ersten Fragestunde 1999. Für die zweite Fragestunde übt der Samstag (t-9) vor Ablauf der Eingabefrist einen relevanten, da grösseren Effekt aus, bei tiefem p-Wert. Zusätzlich zeigt sich für den Montag (t-7) angesichts des eher tiefen p-Wertes ein möglicherweise relevanter Effekt. Dieser Effekt ist allerdings schwach und darüber hinaus negativ, was bedeuten würde, dass die eingereichten Fragen eher nicht durch die Medienagenda an diesem Tag beeinflusst sind. Die Ergebnisse der Modelle für die Fragestunden 2011 schliesslich sind in Tabelle 19 zusammengefasst.

Die Ergebnisse für 2011 unterscheiden sich von jenen für 1999 und 2005. Sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Fragestunde 2011 übt die Medienagenda des Mittwochs (t-5), des letzten Tages der Eingabefrist für Fragen, einen möglichen Effekt aus. Dieser ist für die erste Woche allerdings sehr schwach und angesichts des nicht übermässig tiefen p-Wertes zusätzlich unsicher. In der zweiten Woche ist der Effekt deutlich stärker und der p-Wert deutlich tiefer. In der zweiten Woche spielt zudem erneut die Medienagenda des Samstags (t-9) vor Ablauf der Eingabefrist eine Rolle. Der Effekt ist aber sehr klein und negativ, was erneut bedeuten würde, dass die Medienagenda die Inhalte der eingereichten Fragen nicht beeinflusst.

**Tabelle 19:** Einfluss der Medienagenda auf Fragestunden für 2011.

	Prädiktor	Schätzung	SE	p
Fragestunde 1	Medien <sub>t-9</sub>	0.007	0.030	0.818
	Medien <sub>t-8</sub>	0.019	0.026	0.453
	Medien <sub>t-7</sub>	0.007	0.014	0.642
	Medien <sub>t-6</sub>	0.012	0.024	0.627
	Medien <sub>t-5</sub>	0.037	0.019	0.051
Fragestunde 2	Medien <sub>t-9</sub>	-0.049	0.022	0.028
	Medien <sub>t-8</sub>	-0.014	0.025	0.572
	Medien <sub>t-7</sub>	-0.014	0.022	0.522
	Medien <sub>t-6</sub>	0.042	0.029	0.139
	Medien <sub>t-5</sub>	0.114	0.028	0.000

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Fragestunde 0.002, für die zweite Fragestunde 0.013.

Die quantitativen Analysen zur Prüfung der Hypothesen H3, H4 und H5 zeichnen insgesamt ein konsistentes Bild. Sowohl Vorstösse wie auch Fragestunden werden von den Medien inhaltlich beeinflusst. Die unterschiedlich grossen und unterschiedlich häufigen Effekte deuten darauf hin, dass die Fragestunden stärker von Medien beeinflusst werden als die Vorstösse.

Die Annahme, dass die Inhalte der Berichterstattung in die Inhalte von Vorstössen fliessen, ist für die interviewten Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine Selbstverständlichkeit. So meint etwa ein Mitglied des Nationalrates dazu:

Das spielt natürlich eine Rolle. Politiker reagieren natürlich auf aktuelle Themen. Das ist klar. Teilweise natürlich. Es ist nicht so, dass man ausschliesslich auf aktuelle Themen reagiert, aber das spielt natürlich eine Rolle. Politiker lesen auch Zeitung. Die öffentliche Meinung, die öffentliche Wahrnehmung, die öffentliche Befindlichkeit wird ja sehr stark durch Medien geprägt, das ist logisch. Insofern reagieren Politiker natürlich auch darauf. Das ist klar und das sieht man auch.

Wie stark genau eingereichte Vorstösse durch aktuelle Berichterstattung geprägt sind, können die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht quantifizieren. Ein Mitglied des Ständerates schätzt aber ein, dass die Bedeutung der Berichterstattung für Vorstösse gross ist:

Ich denke, es ist sicher ein Grossteil - ein Grossteil wird lanciert, weil in den Medien etwas stand, etwas thematisiert wurde.

Ein anderes Mitglied des Ständerates erachtet vor allem den Einfluss der Sonntagsmedien auf die Vorstösse als relevant:

Ah, das kann man natürlich immer (Lachen), wenn man die Sonntagsmedien liest und nachher in der anderen Woche, was eingegeben wird, das kann man schön nachvollziehen. In den Sonntagsmedien, wenn irgendetwas aufgegriffen wird, dann kommt schon die Reaktion teilweise am Montag

Die Rolle der Medien erachten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Fragestunden im Wesentlichen identisch wie bei Vorstössen. Ein Mitglied des Nationalrates etwa erachtet den Einfluss aktueller Berichterstattung bei Fragestunden und bei Vorstössen im Grunde als denselben:

Eben, das ist der gleiche Mechanismus wie die Fragestunden, einfach auf höherem Niveau. Wenn so jemand etwas liest, denkt, das ist ein Problem, und was soll das, und dann macht man einen Vorstoss.

Ein weiteres Mitglied des Nationalrates bringt diesen Einfluss sowohl auf Fragestunden wie auch auf Vorstösse prägnant auf den Punkt und bemerkt zusätzlich, dass sowohl die meisten Fragen wie auch die meisten Vorstösse keine weitreichenden politischen Konsequenzen haben:

Es ist klar, dass die Medien Einfluss auf das Verhalten der Politiker haben, sei es in der Fragestunde oder bezüglich persönlicher Vorstösse, in denen gewisse Ereignisse als relevant bezeichnet werden, auch wenn die meisten von ihnen letztlich im Nichts versanden.

Von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, mit welchen ich Interviews geführt habe, hat keine einzige und kein einziger die Ansicht geäußert, dass die Inhalte der Medien die Inhalte der Fragestunden und der eingereichten Vorstösse nicht beeinflussen. Obschon es für einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier schwierig ist, genau zu quantifizieren, in welchem Masse die Fragestunden und in welchem die Vorstösse durch Medien beeinflusst werden, ist die geteilte Meinung, dass die Fragestunden relativ gesehen stärker durch Medien beeinflusst sind. In den Worten eines Mitgliedes des Ständerates:

Ja, ich glaube bei den Fragen ist es extrem wichtig, dass es medienrelevante Themen sind - dann kommt man. Sonst versinken die Fragen, also sind die Fragen einfach gestellt und die Antworten zu Kenntnis genommen und finito - oder?

Die Einschätzung, dass die nationalrätlichen Fragestunden stärker durch Medien beeinflusst sind als die Vorstösse ist nicht bloss der «Aussenperspektive» des Ständerates geschuldet. So meint ein Mitglied des Nationalrates zu den Fragestunden:



Ja die Fragestunde ist ganz stark eine mediale Angelegenheit, weil da geht es am allerseltensten darum, dass man wirklich Infos erhält. Es sind oft ja rhetorische Fragen oder es ist halt die niederschwelligste Möglichkeit, innert kürzester Zeit ein Thema aufzunehmen, das gerade in der Luft liegt, weil der Bundesrat innert einer Woche eine Antwort geben muss.

Gemäss dieser Einschätzung sind Fragestunden darum geeignet, aktuelle Themen aus den Medien aufzunehmen, weil Fragen in den Fragestunden im Unterschied zu eingereichten Vorstössen fast unmittelbar ein Ergebnis zeitigen. Die Auffassung, dass Fragestunden stärker durch Medien geprägt sind als die eingereichten Vorstösse teilt auch eine Journalistin:

Das andere ist vielleicht ein bisschen, ein Vorstoss ist ja, oft braucht es ein bisschen länger als eine Frage. Und da ist es dann vielleicht ein längerer Prozess. [...] Aber die Fragen, bei den Fragen ist es wirklich sehr auffällig, ja.

Eine weitere Journalistin relativiert aber den Einfluss der Medien auf die Fragestunden. Auch, wenn es diesen Einfluss gibt bestehen die Fragestunden nicht komplett aus Themen, welche aktueller Berichterstattung entspringen:

Ich glaube, sie bilden einen Teil der Medienberichterstattung ab, also da kann eine Wechselwirkung stattfinden. Aber zum Teil sind das auch völlig andere Themen, von denen noch nie jemand etwas gehört hat.

Die genaue Art und Weise, wie Inhalte der Medien in die Inhalte von Fragestunden und Vorstössen fliessen, kann unterschiedlich sein. Oftmals ist es, wie aus den obigen Zitaten hervorgeht, individuelle Wahrnehmung seitens der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es gibt aber auch eine strategischere, parteipolitische Dimension, wie ein Mitglied des Nationalrates mit Führungsfunktion erklärt:

Selbstverständlich. Das gibt es sowieso. Also auf das achtet man täglich. Also meine, unter anderem eine meiner Aufgaben ist es auch, medial das so zu beobachten, damit, wenn ich sehe, da läuft irgendwas, dass ich schaue, dass irgendjemand irgendwo im Umfeld ist, der zum Beispiel zu diesem Thema etwas lanciert.

Die Wahrnehmung von Themen seitens der Parlamentarierinnen und Parlamentarier geschieht nicht nur in Form einseitiger Wahrnehmung von Medieninhalten, sondern auch im direkten Austausch mit Journalistinnen und Journalisten. In einzelnen Fällen kann diese Austausch soweit gehen, dass ein Journalist oder eine Journalistin ein Mitglied des National- oder Ständerates zu einem Vorstoss motiviert, wie ein Mitglied des Nationalrates erklärt:

Manchmal gibt es auch einen Journalist, der hat das Gefühl, er habe eine Story, oder einen Missstand. Aber es ist noch nicht in der Zeitung gewesen, sondern er fragt jetzt den Politiker. Und dann ruft er an und sagt, «Ah, haben Sie schon gehört, das ist doch so und so», oder «Ich habe herausgefunden, so und so, was halten denn Sie davon?». Und wenn man dann sagt, ja, finde ich eigentlich auch nicht richtig, dann sagt er, «Ja, dann machen Sie jetzt einen Vorstoss?», oder, weil, er würde am liebsten darüber schreiben, dass jemand schon einen Vorstoss macht. Aber weil es noch niemand gemacht hat, wird der Journalist zum Anstifter.

Eine solche Konstellation, in welcher die Journalistin oder der Journalist zum «Anstifter» wird, dürfte eher selten sein, wie ein Journalist bemerkt:

Ist noch heikel. Ich glaube, es gibt es. Ich glaube, das ist auch schon vorgekommen. Ja. Aber also nicht so, dass das in wahnsinniger Regelmässigkeit passieren würde. Ich kann auch nur in dem Sinne von mir sprechen.

Ein Mitglied des Nationalrates meint, dass es solchen Medieneinfluss als «Anstiftung» seitens Journalistinnen und Journalisten sowohl bei Fragestunden wie auch bei Vorstössen gibt:

Ich würde sagen, bei Fragestunden, Vorstössen, sogar bis zu politischen Voten kann das der Fall sein. Aber vor allem bei Fragestunden und Vorstössen, dass er sagt, «Das wäre doch noch Etwas, oder das oder das oder das».

Die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche eine solche Form des Einflusses beschreiben, nehmen diesen Einfluss wahr, sehen sich selber als diesem nicht direkt ausgesetzt. Nur ein Mitglied des Nationalrates hat direkt erklärt:

Es ist auch schon vorgekommen, dass ich dann gedacht habe: Warum eigentlich nicht? Und das dann tatsächlich gemacht habe.

Ob tatsächlich nur eine derart kleine Minderheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier Fragen oder Vorstösse auf Anregung von Journalistinnen und Journalisten einreicht, oder, ob es sich bei diesem Teilergebnis der Interviews um eine Kombination aus sozialer Erwünschtheit und «Third Person»-Effekt (Davison 1983) handelt, sei dahingestellt. In Betreff der Hypothesen H3, H4 und H5 deuten die qualitativen Interviews in dieselbe Richtung wie die quantitativen Auswertungen: Sowohl Vorstösse wie auch Fragestunden werden durch die Inhalte aktueller Berichterstattung beeinflusst. Dieser Einfluss scheint bei Fragestunden grösser zu sein als bei eingereichten Vorstössen. Damit können alle drei Hypothesen als gestützt angesehen werden.

5.1.3 H6: Politiklogiken und Medienlogiken im Parlament

In der Hypothese H6 postuliere ich, dass sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihrem Handeln stärker nach Politiklogiken denn nach Medienlogiken richten:

- **Hypothese H6:** Parlamentarierinnen und Parlamentarier handeln stärker nach Politiklogiken als nach Medienlogiken.

Diese Hypothese spricht die in Abbildung 4 visualisierten Präferenzfamilien der Politiklogiken und der Medienlogiken an. Dabei interessieren zwei Teilmengen: Zum einen die Teilmenge der reinen Politiklogiken, ohne Bezug zu der Präferenzfamilie der Medienlogiken. Andererseits die Teilmenge der Medienlogiken inklusive der Schnittmenge von Medienlogiken und Politiklogiken. Das bedeutet, dass ich in Hypothese H6 postuliere, dass die Teilmenge der reinen Politiklogiken grösser ist als die Teilmenge der reinen Medienlogiken und die Schnittmenge der Politik- und Medienlogiken. Ein erster Schritt, um Hypothese H6 zu prüfen, ist, die Ergebnisse der Hypothesen H1 bis H5 in einer miniaturisierten Pseudo-Metaanalyse zu aggregieren. Zu diesem Zweck fasse ich in einem ersten Schritt die Ergebnisse der Hypothesen H1 bis H5 in Tabelle 20 zusammen.

Tabelle 20: Zusammenfassung der Hypothesen H1 bis H5.

Hypothese	Ergebnis		
	quantitativ	qualitativ	total
H1	0.3	0.2	0.25
H2	0.3	0.2	0.25
H3	0.6	0.9	0.75
H4	0.8	0.9	0.85
H5	0.7	0.6	0.65

Die Werte geben an, für wie wahrscheinlich ich die Gültigkeit der Hypothesen gegeben der Evidenz halte. 0 bedeutet, dass ich die jeweilige Hypothese mit der jeweiligen Evidenz als sicher ungültig erachte; 1 bedeutet, dass ich die jeweilige Hypothese mit der jeweiligen Evidenz als sicher gültig erachte.

Die Zusammenfassung in Tabelle 20 mag auf den ersten Blick etwas ungewöhnlich erscheinen. Anstatt wie üblich einfach zu deklarieren, ob eine Hypothese bestätigt oder widerlegt ist, gebe ich an, für wie wahrscheinlich ich es halte, dass die jeweilige Hypothese gegeben der Evidenz, also der Ergebnisse der quantitativen sowie der qualitativen Analysen, ist. Eine solche Beurteilung von Hypothesen ist rationaler als eine dichotome Einteilung nach sicher bestätigt und sicher widerlegt: Empirische Forschung, egal, ob quantitativ oder qualitativ in

der Auswertung, bedeutet letztlich immer, dass ein Teil der Realität anhand einer Stichprobe geprüft wird. Die erkenntnistheoretische Frage, wie stark diese Stichprobe mit der Realität korrespondiert ist immer eine, so meine ich, probabilistische, nicht eine deterministische.

In den Hypothesen H1 und H2 postuliere ich, dass weder der National-, noch der Ständerat in Betreff des Abstimmungsverhaltens durch aktuelle Berichterstattung in den Medien beeinflusst werden. Sowohl quantitativ, stärker noch qualitativ zeigt die Evidenz aber stark in die umgekehrte Richtung, dass nämlich beide Kammern in ihrem Abstimmungsverhalten durch Berichterstattung beeinflusst werden, wenn auch nicht universal und permanent. Mit den Hypothesen H3 und H4 postuliere ich, dass sowohl die Vorstösse wie auch die Fragestunden durch aktuelle Berichterstattung in den Medien beeinflusst werden. Sowohl die quantitative als auch die qualitative Evidenz spricht deutlich für beide Hypothesen, und darum gehe ich entsprechend deutlich davon aus, dass beide Hypothesen Gültigkeit<sup>37</sup> besitzen; für Hypothese H4 zu den Fragestunden erachte ich die Evidenz als ein wenig stärker, da die quantitativ vorgefundenen Effekte deutlicher sind. Weniger deutlich schätze ich die Hypothese H5 ein. Die quantitative Evidenz ist insofern deutlich, als die Effekte bei den Modellen für die Fragestunden deutlich stärker sind. Allerdings kann das durchaus der Natur der Modelle geschuldet sein: Mit den Zeitreihen modelliere ich ganz explizit nur Zusammenhänge auf der Ebene t-1, für die einfachen linearen Modelle zu den Fragestunden gehe ich aber mehrere Zeitpunkte zurück. Die qualitative Evidenz zu Hypothese H5 spricht an und für sich deutlich für die Hypothese, aber der Umfang der Evidenz ist sehr gering – die allermeisten Interviewpartnerinnen und -partner haben keine Meinung in Kontext der Hypothese H5.

Was bedeutet diese Einschätzung nun für die Hypothese H6? Mit den ersten zwei Hypothesen behaupte ich Handeln nach Politiklogiken, und die Wahrscheinlichkeit, dass diese Hypothesen gültig sind, erachte ich mit je 0.25 als tief. Die Hypothesen H3 und H4 postulieren Handeln nach Medienlogiken<sup>38</sup>, und gegeben der Evidenz erachte ich die Wahrscheinlichkeit, dass diese Hypothesen Gültigkeit haben, als sehr hoch. Hypothese H5 hat nicht unmittelbare Relevanz für Hypothese H6, da Hypothese H5 lediglich aus einem Vergleich aus den Hypothesen H3 und H4 besteht. Die Wahrscheinlichkeiten für die Hypothesen H1 bis H4 in Tabelle 20 lassen sich aber recht einfach zu einer Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H6 gültig ist, aggregieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier stärker nach reinen Politiklogiken als nach Medienlogiken handeln, beträgt demgemäss:

<sup>37</sup> Ich spreche von der «Gültigkeit» der Hypothesen, um den etwas bedeutungsschwangeren Begriff «Wahrheit» zu vermeiden.

<sup>38</sup> Ob dieses Handeln nach Medienlogiken eine Schnittmenge mit Politiklogiken darstellt der nicht ist Gegenstand von Hypothese H7.

$$\frac{0.25+0.25+(1-0.75)+(1-0.85)}{4} = 0.225$$

Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H6 gültig ist, beträgt angesichts der Hypothesen H1 bis H4 also lediglich 0.225. Ist ein solch tiefer Wert als Ergebnis einer simplen, formalen Aggregation schon plausibel? Dass der Wert derart tief ist, mag zunächst verwirren. Es müssen aber im Mindesten zwei Dinge zu dieser tiefen Wahrscheinlichkeit bedacht werden. *Erstens* bedeutet diese Einschätzung der Wahrscheinlichkeit nicht, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit einer Wahrscheinlichkeit von  $(1 - 0.225)$  ausschliesslich nach den Medienlogiken handeln. Die Wahrscheinlichkeit von 0.225 betrifft nur die Einschätzung, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ausschliesslich nach den *Politiklogiken* handeln. Die Wahrscheinlichkeit  $(1 - 0.225)$  enthält also sowohl die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ausschliesslich nach Medienlogiken handeln, als auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie nach der Schnittmenge von Politiklogiken und Medienlogiken handeln. *Zweitens* fokussiere ich mit der vorliegenden Arbeit auf das Parlamentsgeschehen während Sessionen. Ich gehe nicht davon aus, dass eine geschätzte Wahrscheinlichkeit von 0.225 auch für die Parlamentsarbeit ausserhalb der Sessionen zutrifft, also für die Kommissionsarbeit – für Kommissionsarbeit würde ich die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ausschliesslich nach Politiklogiken handeln, deutlich höher ansetzen. Dies sehen im übrigen auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier selber so, wie eine Einschätzung eines Mitgliedes des Nationalrates illustriert:

Nein. Das darf nicht sein. Das wäre falsch, weil bei den Medien ist der Journalist nicht dabei bei der Kommission, die 25 Leute umfasst, wo die Sache intensiv und wirklich sachlich vorgesprochen wird, durchgesprochen wird, wo Anträge gestellt werden, wo man Kompromisse findet.

Wenn diese zwei Aspekte bedacht werden, ist eine geschätzte Wahrscheinlichkeit von 0.225, dass Hypothese H6 gültig ist, plausibel.

#### 5.1.4 H7: Ziele medialisierten Handelns im Parlament

Mit der Hypothese H7 postuliere ich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier strategisch medialisiert handeln, um damit auf Politiklogiken hinzuarbeiten:

- **Hypothese H7:** Parlamentarierinnen und Parlamentarier handeln medialisiert als Mittel zum Zweck zugunsten der Politiklogiken.

Diese Hypothese postuliert also, dass jene in Abbildung 4 dargestellte Schnittmenge zwischen der Präferenzfamilie der Politiklogiken und der Präferenzfamilie der Medienlogiken die gesamte Schnittmenge zwischen Medien und Parlament ausmacht. Diese Hypothese prüfe ich qualitativ anhand der Interviews. Dabei fokussiere ich auf drei Aspekte aus den Interviews:

- Für den in Unterunterabschnitt 5.1.1 beschriebenen wahrscheinlichen Einfluss der Medienberichterstattung auf das Abstimmungsverhalten vertiefe ich die Gründe für diesen Einfluss.
- Für den in Unterunterabschnitt 5.1.2 beschriebenen wahrscheinlichen Einfluss der Medienberichterstattung auf die Vorstösse sowie auf die Fragestunden vertiefe ich die Gründe für diesen Einfluss.
- Zuletzt analysiere ich die Argumente und Erklärungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Interview-Themenblock der Ziele, welche sie mit Medienpräsenz verfolgen.

Die Motivstrukturen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Kontext des Medieneinflusses bei Abstimmungen werden, wie in Unterunterabschnitt 5.1.1 beschrieben, teilweise geschildert als Beugen vor oder Mitmachen bei einer medialen Welle der akzentuierten Problematisierung emotional aufgeladener Themen – Parlamentarierinnen und Parlamentarier reagieren auf Medienhypes. Ein Mitglied des Ständerates beschreibt das Handeln im Kontext solcher Medienhypes als die Reaktion auf einen spürbaren Druck am Beispiel einer Volksinitiative, welche eine Verschärfung des Berufsverbotes für pädosexuelle Personen forderte:

Nehmen Sie die Pädophilen-Initiative, über die wir jetzt gerade abgestimmt haben. Also da wurde im Nationalrat sogar die Ja-Parole abgegeben am Schluss. Und da wird dann irgendwie, obwohl das Parlament selber schon das Gesetz geändert hat, und obwohl klar war, dass das gegen das Verhältnis, alle Moral, alles was festgehalten war, Grundprinzipien, würde ich sagen, der Verfassung verstösst. Da gibt es Leute, die getrauen sich dann nicht mehr... also ja, wenn du dagegen bist, dann bist du, schützt du die Pädophilen und ich weiss nicht was, oder du bist selber noch einer. Und der Druck ist dann gross.

Ein weiteres Mitglied des Ständerates beschreibt die Situation rund um Medienhypes als «Aktivismus» am Beispiel der Unfälle mit Kampfhunden:

[A]ls dieser tödliche Unfall passiert ist, so tragisch wie das ist, weil Kampfhunde haben ein Kind zu Tode gebissen, das hat ja nachher einen unglaublichen Aktivismus gegeben. Und ich behaupte, der Unfall kann noch heute passieren, trotz

den Massnahmen, die man gemacht hat, den Kursen, welche die Hundehalter machen und das ganze Theater da, kann immer noch passieren. Das sind tragische Einzelfälle, die nie mit keinem Gesetz zu vermeiden sind. Nie und nimmer.

Diese Einschätzung ist darum bemerkenswert, weil der gesetzgeberische Prozess, der durch den Medienhype ausgelöst wurde, das eigentliche Problem nicht gelöst hat. In diesem Beispiel handelt es sich also um ein Hype-induziertes Handeln, welches keinen Bezug zu den Politiklogiken hat. Medienhypes als Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens dürften aber die Ausnahme bilden. Aber auch bei Routine-Berichterstattung spüren die Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen gewissen Druck. Ein Mitglied des Ständerates beschreibt dies als Verunsicherung, wenn die eigene Position nicht mit der wahrgenommenen Position der Medien übereinstimmt:

Dass die Stimme wie es dann draussen tönt, natürlich zum Teil auch dann zurück in den Ratssaal geht und dass man da natürlich entweder verunsichert oder dann aber auch, ja als positiv dann betrachtet wird, dass man da sicher ist: Ja, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Dieses Mitglied des Ständerates begründet diese Orientierungsfunktion, welche die Medien für Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben, damit, dass Medien als Treiber der Meinung der Bürgerinnen und Bürger vermutet werden:

Also die Medien haben eine recht, das darf man nicht unterschätzen, haben eine gewaltige Macht. Und die können natürlich dann schon, vor allem dann im Volk Stimmung machen, dass das Volk aufbegehrt, dass das Volk natürlich dann nach irgendetwas, ja sage jetzt einmal schreit. Oder über die Medien dann wieder, sie machen dann gezielte Umfragen, bringen vielleicht nur das, was sie eben hören wollen oder eben diese Richtung.

Es ist aber nicht so, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Inhalte und Meinungen der Medien direkt gleichsetzen mit den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger. Ein weiteres Mitglied des Ständerates fasst diesen Aspekt mit dem Argument zusammen, dass es wichtig sei, die Inhalte der Medien zu reflektieren und sie nicht vorschnell mit der Volksmeinung gleichzusetzen:

Man muss einfach aufpassen, dass man dann nicht schon interpretiert: Das ist die Volksmeinung, wenn es schon in der Zeitung steht. Sondern da muss man analysieren: Warum gibt es diese Meinung?

Dieses Mitglied des Ständerates erklärt denn auch, dass ein allfälliger Einfluss der Medien auf das Abstimmungsverhalten auch das Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses seitens der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sein kann:

Und dann sind erste Rückmeldungen aus den Medien, die man kritisch betrachten muss: Woher kommen sie? Warum kommen sie so? Haben die die Ausgangslage identisch gehabt wie wir, dass sie zu diesem Ergebnis kommen? Oder hatten sie eine andere Ausgangslage, um zu diesem Ergebnis zu kommen? Das finde ich eigentlich hilfreich für meine Meinungsbildung.

Ein solcher Mechanismus ist gewissermassen das Gegenteil eines Handelns unter dem Druck von Medienhypes. Das Mitglied des Ständerates beschreibt hier, dass Rückmeldungen aus den Medien zu Geschäften dazu dienen können, neue Perspektiven und Argumente einzubringen. In diese Sinne ist ein Einfluss der Medien auf Abstimmungsverhalten die Folge erweiterter Reflexion der Themen, weil über die Medien neue Argumente in die individuelle Abwägung einfließen. *In extremis* würde das bedeuten, dass Medien ein Korrektiv darstellen zu dem parlamentarischen «Group think», also zu der Tendenz, dass Gruppen oft im Sinne gruppendynamischer kognitiver Verzerrungen zuungunsten rationaler Entscheidungsfindung handeln (Janis 1982, S. 174-197).

Die Motivstrukturen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind hinsichtlich des Medieneinflusses auf eingereichte Vorstösse und Fragen für die Fragestunde gemischt. Zum einen wird betont, dass jene Themen aufgegriffen werden, welche man selber aufrichtig als wichtig und einer Problematisierung wert erachtet. Ein Mitglied des Nationalrates erklärt das folgendermassen:

Das kann mir auch passieren. Ich meine, vielleicht, ist ja nicht ausgeschlossen, dass man auf ein ernsthaftes Problem stösst, auf das man vorher nicht gestossen ist. Also irgendwie müssen wir ja auf unsere Anregungen kommen, wie man das Land noch besser aufstellen könnte.

Zum anderen erklären alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber auch, dass im Mindestens auch der individuelle Wunsch nach Profilierung eine Rolle spielt, wenn nicht sogar eine dominante. Ein Mitglied des Nationalrates beschreibt dies mit den Worten:

Also, sehr viele Vorstösse sind Reaktionen auf Geschichten in den Medien oder werden deponiert, damit dann Medienarbeit gemacht werden kann. Zur eigenen Profilierung, aber teilweise auch für die Sache.



Bei dieser kurzen Beschreibung ist bemerkenswert, dass es *zunächst* um die eigene Profilierung geht, *sekundär* auch um die Sache an sich. Auf die Frage, ob eher die inhaltliche Überzeugung ob der politischen Relevanz oder das Streben nach medialer Präsenz für das Aufgreifen von Themen aus den Medien wichtig ist, antwortet ein weiteres Mitglied des Nationalrates:

Es ist sicher immer beides. Es ist immer beides. Also das muss man ganz klar wissen. Es soll niemand, wenn man ausschliesslich aus fundamentalistisch politischen Gründe Vorstösse machen würde, dann hätten wir 90 Prozent weniger Vorstösse.

In dieser Einschätzung fällt das Verhältnis nur politisch motivierter Vorstösse zu solchen Vorstössen, welche zusätzlich den einreichenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu medialer Resonanz verhelfen sollen, sehr deutlich aus. Ein weiteres Mitglied des Nationalrates schätzt die Situation sehr ähnlich ein und argumentiert, dass Vorstösse auf inhaltlicher Ebene grundsätzlich wenig Substanz haben, da die eigentliche inhaltliche Arbeit in den Kommissionen stattfindet:

Die wirklich relevanten Möglichkeiten, sich einzubringen, sind überhaupt nicht via persönliche Vorstösse. Das sind Anträge in der Kommission und dann wirklich konkrete Gesetzesänderungen in einer Revisionsdebatte. Ich behaupte, die Vorstösse haben wirklich eine untergeordnete Relevanz. Es gibt Ausnahmen. Aber in der Regel. Und trotzdem kommen sie so zahlreich. Das hat, das ist praktisch zu 80% mindestens mit den Medien zu erklären und das ist dann nicht nur die Medien, die berichten und man macht Vorstösse, sondern es ist halt auch oft so, dass jemand findet: Jetzt muss ich wieder einmal ein bisschen präsent sein und am besten mache ich einen Vorstoss, versuche das einem Journalisten zu verkaufen, zu verklickern, dass es interessant sei.

Auch gemäss dieser Einschätzung haben Vorstösse das *primäre* Ziel, öffentliche Resonanz für die diese Vorstösse einreichenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu erzeugen. Auch die Fragestunden operieren nach ähnlichen Logiken gemäss eines Mitgliedes des Nationalrates:

Das ist etwas wo jetzt, bedient man die News, also man bedient die Journalisten in der Fragestunde auch. Man stellt etwas, wo gerade in den Zeitungen kommt bzw. etwas das gerade brennt.

Die Fragestunden beurteilt ein weiteres Mitglied des Nationalrates als auf eine Art ritualisiert medialisiertes Handeln zum Zweck der Selbstdarstellung:

Und da wollen einfach die Leute alle zeigen, dass sie Zeitung gelesen haben und, dass sie das ganz ernst nehmen, was da aktuell wieder Unglaubliches passiert in dem Land. Also zum Teil finde ich es bemühend.

In der Tendenz zeigt sich also, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier einschätzen, dass bei Vorstössen und Fragestunden die inhaltliche Dimension zweitrangig ist und mediale Resonanz die erste Präferenz darstellt. Das drängt die Frage auf, was für Ziele Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit öffentlicher Präsenz verfolgen. Hier gibt es seitens der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, *grasso modo*, zwei Haupteinschätzungen. Zum einen meinen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, öffentliche Präsenz sei Mittel zum Zweck, um über politische Inhalte zu kommunizieren und politische Debatten in der Gesellschaft auszulösen. Zum anderen aber schätzen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber auch ein, dass der Wunsch nach öffentlicher Präsenz als individueller Profilierung Selbstzweck ist, und zwar, weil öffentliche Präsenz mit höheren Chancen bei den nächsten Wahlen gleichgesetzt wird.

Die Perspektive von öffentlicher Präsenz als Mittel zum Zweck beschreibt ein Mitglied des Nationalrates wie folgt:

Also es geht ja eigentlich darum: Es muss eine Diskussion darüber stattfinden. Und da ist halt, die Medien sind da halt ein ideales Portiermittel. Weil sonst, es werden ja so viele Vorstösse eingereicht und es läuft so viel. Wenn niemand darüber liest, dann weiss auch niemand, was gelau..., also was gemacht wurde. Und deshalb ist es eine sehr sinnvolle Zusammenarbeit.

In einem solchen Verständnis sind Medien ein «Portiermittel» und üben die Funktion aus, politische Inhalte öffentlich zu präsentieren. Ähnlich pragmatisch schätzt ein weiteres Mitglied des Nationalrates diese Übermittlungsfunktion der Medien ein:

Man will ja als Politiker gehört werden, dass die Sachen sollen nach Aussen transportiert werden, die Botschaften sofern man welche hat – oder? – sollen nach Aussen transportiert werden.

Ein anderes Mitglied des Nationalrates beschreibt dieselbe Intention und betont noch die persuasive Dimension:

Die bewusste Kontaktaufnahme mit Medienleuten seitens der Politiker soll dazu führen, dass in der Gesellschaft Goodwill für irgendwelche Ideen geschaffen wird.

Das Schaffen von «Goodwill» in der Gesellschaft für Ideen im Sinne persuasiver Kommunikation muss dabei keine negative Konnotation haben. Für Ideen mit Argumenten entstehen kann nämlich auch bedeuten, dass ein Diskurs stattfindet, also eine vernunftgeleitete Debatte. Diese persuasive Dimension beschreibt ein weiteres Mitglied als Nationalrates als die Natur von Politik an und für sich:

Aber, schlussendlich besteht Politik darin, seine eigenen Gedanken so rüberzubringen, dass sie am Schluss zu einer Mehrheit werden und man so kann politische Gestaltung ausüben. Und ja, das ist noch zentral. Plus minus machen das alle da drin, sonst wären sie nicht in der Politik.

Ein weiteres Mitglied des Nationalrates kommt ebenfalls zum Schluss, dass öffentliche Kommunikation zum Kern von Politik gehört, und, dass es darum unabdingbar ist, über Medien die Gesellschaft zu erreichen:

Mit der Medienpräsenz kommen sie einfach besser zum Durchbruch. Sie wollen ja in der Politik - und das traue ich, nehme ich einmal an, traue ich allen zu - sie wollen etwas in der Politik beeinflussen. Sie wollen etwas verändern. Ich sage jetzt einmal, sie wollen es verbessern - oder? Nicht? Die meisten meinen es jedenfalls. Und jetzt, der Journalist ist natürlich eine gute Möglichkeit, dass das eben hinausgeht. Und wir haben ja praktisch keine Andere. Also, es hat einmal einer gesagt: Ein Plakat, das nicht beachtet wird oder das kein Aufsehen erregt, hat seinen Beruf verfehlt. Das kann man auch, ein Politiker der keine Botschaft durchbringt, der nichts verändert, der in Vergessenheit gerät, auch wenn er noch so fleissig ist, der hat seinen Beruf verfehlt. Und da helfen die Medien eben schon markant mit, dass einer quasi, dass man jemandem einen Steigbügel, eine Plattform bietet - und das braucht er, das braucht er.

Diese Funktion öffentlicher Präsenz zum Zwecke der gesellschaftlichen Debatte findet auf der individuellen Ebene statt, aber auch, wie ein Mitglied des Ständerates beschreibt, auf parteipolitischen Ebene:

Ja, also man will natürlich, insbesondere gerade die politischen Parteien, die machen dann ja auch Vorstösse oder man gibt, man steckt sie jemandem, das kann dann ein Fraktionsmitglied sein oder so. Und da will man natürlich dann schon evtl. einen Stein oder respektive eine Lawine lostreten.

Ein Mitglied des Nationalrates macht eine wichtige Bemerkung. Es ist möglich, Inhalte, Themen und Ideen zu öffentlicher Präsenz zu verhelfen, ohne, dass die eigene Person dabei zwingend zu öffentlicher Präsenz kommt:

Es gehen alle ein bisschen anders mit den Journalisten um. Die einen versuchen, ihre eigenen Geschichten möglichst präsent zu halten und machen sich nicht so stark Überlegungen: Was könnte das Bedürfnis des Journalisten sein? Und andere versuchen, irgendwelche Geschichten zu prägen, ohne dass sie überhaupt vorkommen. Also, weil sie die Sache irgendwie, der Sache dienen wollen.

Diese Bemerkung führt zu der zweiten Art der Ziele, welche Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Medienpräsenz verfolgen, der öffentlichen Präsenz als Selbstzweck. Ein Mitglied des Nationalrates konstatiert in dieser Hinsicht, dass die Bundesversammlung aus Personen besteht, welche allesamt ein gewisses Sendungsbewusstsein haben:

[I]ch habe das Gefühl, wir haben alle recht Freude, uns als Person auch zu zeigen, weil, wir sind da eine Auswahl von 246 Leuten die ein gewisses Sendungsbewusstsein haben, sonst ist man Fehl am Platz.

Dieses Sendungsbewusstsein ist aber, so dasselbe Mitglied des Nationalrates, unterschiedlich ausgeprägt. In einigen Fällen geht es soweit, dass das Streben nach öffentlicher Präsenz Vorrang vor der politischen Arbeit hat:

Es gibt Leute, wo ich ganz genau weiss, die alles machen, das medien-, das öffentlichkeitswirksam ist und nichts machen, wenn man es nicht sieht. Also wir haben Leute in der Kommission, zum Teil, also weniger, aber einzelne, die Zero machen in der Kommission, absolut Null.

Ein weiteres Mitglied des Ständerates beschreibt auch, dass die Suche nach öffentlicher Präsenz nicht bei allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern in gleichem Masse ausgeprägt ist:

Das passiert übrigens viel, oder, dass, es gibt solche Politiker, die funktionieren vor allem so, oder. Also ein bisschen böse ausgedrückt: Die funktionieren nach Präsenz in den Medien. Die suchen immer diese dauernde Präsenz. Und es gibt schon solche, die das immer wieder auch so machen. Es gibt andere, die sind sehr fokussiert auf ihre Themen, die wollen einfach, dass ihre Themen weiterverfolgt werden.

Diese Unterschiede zwischen öffentlicher Präsenz und der parlamentsinternen Arbeit geht so weit, dass das öffentliche, durch Medien erstellte Bild des Parlamentes ein verzerrtest ist, meint ein Mitglied des Nationalrates:

Nicht nur, was sie erreichen wollen, sondern sie erreichen es auch. Man nimmt sie als Schwergewichte wahr und sagt, das sei ein Schwergewicht. Eine meiner erstaunlichsten Feststellungen war, dass es eine Innen- und eine Aussenansicht gibt.

In der Aussenansicht werden jene Parlamentarierinnen und Parlamentarier als politisch arbeit-sam wahrgenommen, welche *qua* ihrer Medienpräsenz öffentlich wahrnehmbar sind. Diese Medienpräsenz hat aber, so die Meinungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, nicht unbedingt viel mit der parlamentsinternen Arbeit gemein. Den Zweck dieser Medienpräsenz erachten Parlamentarierinnen und Parlamentarier einerseits in dem beschriebenen Sendungs-bewusstsein, andererseits aber auch in der Vermutung, dass mehr Medienpräsenz mit höheren Chancen für die Wiederwahl einhergeht. Ein Mitglied des Nationalrates beschreibt diesen Umstand in leicht resigniertem Duktus:

Aber es gibt sicher, man stellt das ja fest, Politiker, die vor den Wahlen extrem präsent sind, und die Bürger sind dann auch, sagen dann auch, jetzt hab ich drei Jahre nichts gehört, oder, und jetzt, na ja.

Ein anderes Mitglied des Nationalrates beobachtet ebenfalls ein solches «mediales Erwachen» vor den Wahlen, betrachtet dieses aber aus wohlwollenderer Perspektive:

Also es werden, das kann man wahrscheinlich wissenschaftlich auch feststellen, dass die Vorstossflut wahrscheinlich auf die Wahlen hin zunimmt. Also Wahlkampf hat natürlich mit politischer Tätigkeit zu tun. Also man will ja seinen Wählerinnen und Wählern auch zeigen, dass man politisch aktiv ist.

Der Tenor unter den interviewten Parlamentarierinnen und Parlamentariern bezüglich dieses medialen Erwachens vor den Wahlen ist aber eher ein negativer. Ein Mitglied des Nationalrates wählt entsprechend direkte Worte, um diese Situation zu beschreiben:

Also das ist schon so, dass im Allgemeinen auf die Wahl, auf die Wahlen hin wird der durchschnittliche Politiker, auch wenn er relativ faul ist, plötzlich aktiv und braucht wiederum die Medien.

Die Motivstrukturen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinsichtlich ihres medialisierten Handelns besteht also aus unterschiedlichen Dimensionen für unterschiedliche Aspekte medialisierten Handelns. Für die *Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens* zeigt sich, dass diese Form medialisierten Handelns durch zwei Mechanismen bedingt ist. Erstens empfinden Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen Druck seitens der Medien, bei Abstimmungen auf eine bestimmte Art und Weise abzustimmen. Am deutlichsten ausgeprägt ist dieser Druck in Phasen von Medienhypes, bei denen Medien ein emotional aufgeladenes Thema in Nachrichtenwellen problematisieren<sup>39</sup> und damit einen starken Reaktionsdruck auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ausüben. Ein solches Handeln infolge eines wahrgenommenen Druckes seitens der Medien – ob es einen wie auch immer gearteten Druck tatsächlich gibt, ist irrelevant – bedeutet ein klares Handeln ausschliesslich nach Medienlogiken. Der zweite Mechanismus der Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens ist ein Meinungsbildungsprozess der Parlamentarierinnen und Parlamentarier infolge der Wahrnehmung themenbezogener Berichterstattung. Diese Form medialisierten Handelns bei dem Abstimmungsverhalten stellt ein Handeln zugunsten der Politiklogiken dar: Wenn Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Auftrag haben, zugunsten der Präferenzen der Wählerschaft zu handeln, dann ist ein Meinungsbildungsprozess unter Einbezug der medialen Berichterstattung prinzipiell durchaus kompatibel mit diesem Auftrag. Ein solcher Meinungsbildungsprozess kann nämlich dazu beitragen, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu reflektieren Meinungen gelangen und somit *rationaliter* zugunsten der Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger handeln. Beide Effekte im Kontext des Abstimmungsverhaltens, sowohl reaktive Handeln infolge wahrgenommenen Drucks und das aktive Handeln als Meinungsbildung dürften aber eher schwache Effekte sein, da das medialisierte Abstimmen grundsätzlich eher punktuell und kontingent ist.

Anders ist die Situation bei den Vorstössen und Fragestunden. Medialisiertes Handeln spielt in diesen zwei Teilarenen der Bundesversammlung, so die klare Einschätzung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, eine wichtige Rolle. Auch schätzen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier deutlich ein, dass die sachliche Dimension sekundär ist und, dass stattdessen das Erlangen öffentlicher Resonanz das primäre Ziel medialisierter Vorstösse und medialisierter Fragen in den Fragestunden darstellt.

<sup>39</sup> Bisweilen wird die Beobachtung, dass Journalistinnen und Journalisten insbesondere in Phasen von Medienhypes ein Thema konzentriert und auf eine sehr ähnliche Art behandeln, «Rudeljournalismus» (Frank 2003) genannt. Obschon der Begriff Rudeljournalismus recht eindeutig negativ konnotiert ist, ist dieses Konzept handlungstheoretisch insofern nützlich, als es den Vorgang des Medienhypes nicht als konzentrierte Aktion unterschiedlicher Medien deutet, sondern als Aggregation individuellen journalistischen Handelns.

Bei der Frage schliesslich, worin die Parlamentarierinnen und Parlamentarier das allgemeine Ziel von Medienpräsenz sehen, sind zwei wesentliche Deutungen vorhanden. Ein Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier begründet Medienpräsenz als notwendige Bedingung des Politischen an und für sich: Politik bedeutet in dieser Lesart, nicht nur innerhalb der jeweiligen politischen Institution aktiv zu werden, sondern auch, die politische Arbeit und die eigenen Ideen und Überzeugungen öffentlich kundzutun, um damit die Gesellschaft am Politischen teilhaben zu lassen. Eine solche Auffassung des Ziels von Medienpräsenz bedeutet sehr deutlich medialisiertes Handeln zugunsten der Politiklogiken. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehen aber auch eine zweite Komponente von Medienpräsenz, welche die Politiklogiken nicht tangiert: Den individuellen Bedarf nach öffentlicher Wahrnehmbarkeit als Selbstzweck, gekoppelt mit der individuellen Annahme, dass mehr Medienpräsenz die Chancen auf die Wiederwahl erhöht. Diese Einstellung geht bisweilen soweit, dass einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier stärker auf Medienpräsenz denn auf Arbeit innerhalb des Parlamentes bedacht sind. Das Ziel, wiedergewählt zu werden, ist eine Präferenz, welche weder den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger, noch den Präferenzen der Medien zuzuordnen ist. Die Wiederwahl ist eine individuell gehegte Präferenz, welche also weder die Politiklogiken noch die Medienlogiken tangiert. Wenn das Verhältnis der Wählerinnen und Wähler zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern als Prinzipal-Agent-Beziehung gedacht wird, dann kann die Wiederwahl des Agenten, logisch gesehen, nicht eine Präferenz des Prinzipals sein, da die Wahlentscheidung jenen Entscheidungsmoment darstellt, in welchem der Prinzipal die Arbeit des Agenten evaluiert.

Gesamthaft betrachtet spricht also Einiges dafür, die Hypothese H7 zu verwerfen. Mit der Hypothese H7 postuliere ich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier nur dann medialisiert handeln, wenn sie damit auch den Politiklogiken Vorschub leisten können. Dies scheint recht deutlich nicht der Fall zu sein, denn sowohl beim Abstimmungsverhalten, als auch bei den Vorstössen und Fragestunden, wie auch bei der Frage des allgemeinen Ziels von Medienpräsenz handeln Parlamentarierinnen und Parlamentarier teilweise zuungunsten der Politiklogiken.

### **5.1.5 H8 und H9: Politiklogiken und Medienlogiken in den Medien**

In den Hypothesen H8 und H9 widme ich mich dem Handeln der Journalistinnen und Journalisten. Ich postuliere zunächst in Hypothese H8, dass die Berichterstattung über das Parlament nicht für alle Teilarenen denselben Umfang hat. In Hypothese H9 postuliere ich, dass Journalistinnen und Journalisten sowohl nach Medienlogiken als auch nach Politiklogiken handeln:

- **Hypothese H8:** Medien berichten am meisten über die traktandierten Geschäfte, weniger über die eingereichten Vorstösse und am wenigsten über die Fragestunden im Nationalrat.
- **Hypothese H9:** Journalistinnen und Journalisten handeln in gleichem Umfang nach Medienlogiken wie nach Politiklogiken.

Um zunächst die Hypothese H8 zu prüfen, verwerte ich die inhaltsanalytischen Daten quantitativ aus. Ähnlich wie bei den Hypothesen H3 und H4 in Unterunterabschnitt 5.1.2 modelliere ich zu diesem Zweck sowohl Zeitreihen wie auch einfache lineare Modelle. Um zu prüfen, welchen Einfluss die regulären Geschäfte im National- und im Ständerat sowie die eingereichten Vorstösse auf die Berichterstattung haben, modelliere ich für jede Session je drei Zeitreihen; eine Zeitreihe pro Sessionswoche. Da an nur zwei Tagen pro Session Fragestunden stattfinden, modelliere ich zu diesen je zwei einfache lineare Modelle pro Session. Sowohl in den Zeitreihen als auch in den einfachen linearen Modellen ist die Medienagenda die Antwortvariable und die parlamentarischen Teilarenen sind die Prädiktoren. In Tabelle 21 sind die Ergebnisse der drei Zeitreihen für 1999 zusammengefasst.

**Tabelle 21:** Einfluss regulärer Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Berichterstattung für 1999.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
20.09. - 24.09.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.092	0.005	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.095	0.005	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.002	0.007	0.807
27.09. - 01.10.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.106	0.006	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.051	0.007	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.015	0.009	0.071
04.10. - 09.10.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.040	0.009	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.162	0.013	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.001	0.011	0.912

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.053, für die zweite Woche 0.091 und für die dritte Woche 0.011.

Für die Modelle der drei Wochen von 1999 fällt auf, dass der National- und der Ständerat in allen drei Wochen Effekte mit sehr tiefen p-Werten ausüben. Die Stärke der Effekte variiert aber: In der ersten Woche sind beide Effekte ähnlich klein; in der zweiten Woche ist der Effekt des Nationalrates stärker und jener des Ständerates schwächer; in der dritten Woche dreht dieses Verhältnis und der Effekt des Ständerates ist stärker, jener des Nationalrates schwächer. In allen drei Wochen üben die Vorstösse nur einen sehr kleinen Effekt aus, was bedeutet, dass



kaum systematisch über Vorstösse berichtet wird. Zudem ist der p-Wert für die Vorstösse nur in der zweiten Woche in einem solchen Masse klein, dass die Wahrscheinlichkeit für den Effekt plausibel ist. Die Ergebnisse der Modelle für 2005 sind in Tabelle 22 zusammengefasst.

**Tabelle 22:** Einfluss regulärer Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Berichterstattung für 2005.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
19.09. - 23.09.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.117	0.004	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.124	0.005	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.002	0.007	0.714
26.09. - 30.09.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.060	0.004	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.071	0.005	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.004	0.009	0.634
03.10. - 08.10.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.085	0.004	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.071	0.004	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.019	0.014	0.182

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.075, für die zweite Woche 0.090 und für die dritte Woche 0.035.

Die Modelle für 2005 zeichnen für alle drei Wochen ein sehr deutliches Bild: Das Geschehen im National- und im Ständerat fließt konstant, wenn auch mit kleinen Effekten, in die Berichterstattung ein, gepaart mit sehr tiefen p-Werten. Die Berichterstattung über die Geschäfte des National- und des Ständerates ist in der ersten Woche stärker als in den zwei folgenden Wochen. Vorstösse hingegen sind nur in sehr geringem Umfang Gegenstand der Medien. Da zudem die p-Werte für diese kleinen Effekte in einer Woche hoch, in den restlichen zwei Wochen sehr hoch ist, ist der Effekt der Vorstösse generell sehr unwahrscheinlich. Insgesamt sind die Effekte für die Modelle 2005 den Effekten der Modelle für 1999 sehr ähnlich. Die Ergebnisse der Modelle für 2011 schliesslich sind in Tabelle 23 zusammengefasst.

Das Muster der Ergebnisse der Modelle für 1999 und 2005 ist erneut bei den Ergebnissen der Modelle für 2011 vorhanden. Sowohl der National- als auch der Ständerat üben über alle drei Wochen hinweg einen kleinen, aber konstanten Effekt aus, und zwar bei konstant tiefen p-Werten. Die Vorstösse hingegen üben über alle drei Wochen hinweg nur einen vernachlässigbar kleinen Effekt aus, und dies bei sehr hohen p-Werten. Die Modelle für 1999, 2005 und 2011 legen also den Schluss nahe, dass die Medien stetig über das Geschehen im National- und im Ständerat berichten, aber nur vereinzelt und nicht systematisch über die eingereichten Vorstösse.

**Tabelle 23:** Einfluss regulärer Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Berichterstattung für 2011.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
12.09. - 16.09.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.156	0.004	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.062	0.005	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.006	0.005	0.285
19.09. - 23.09.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.087	0.006	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.066	0.006	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.001	0.004	0.773
26.09. - 01.10.	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.048	0.004	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.080	0.006	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.007	0.012	0.551

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.107, für die zweite Woche 0.047 und für die dritte Woche 0.015.

**Tabelle 24:** Einfluss der Fragestunden auf die Berichterstattung für 1999, 2005 und 2011.

Jahr	Prädiktor	Schätzung	SE	p
1999	Fragestunde 1	0.015	0.022	0.495
	Fragestunde 2	0.833	0.032	0.000
2005	Fragestunde 1	0.045	0.031	0.146
	Fragestunde 2	0.047	0.030	0.119
2011	Fragestunde 1	0.099	0.038	0.010
	Fragestunde 2	-0.006	0.029	0.839

Das korrigierte  $R^2$  beträgt für das Modell zur ersten Fragestunde 1999 -0.001, für das zur zweiten Fragestunde 0.409; für 2005 beträgt das korrigierte  $R^2$  je 0.001 und 0.119; für 2011 je 0.005 und -0.001.

Der Einfluss der Fragestunden auf die Berichterstattung für 1999, 2005 und 2011 ist in Tabelle 24 zusammengefasst. Die einfachen linearen Modelle, welche abbilden, wie stark die Fragestunden die Berichterstattung am folgenden Tag beeinflussen, deuten darauf hin, dass die Medien meistens nicht systematisch über die Fragestunden berichten. In den Modellen sind aber zwei Ausnahmen vorhanden. In dem Modell für die erste Fragestunde 2011 ist ein Effekt zu beobachten, der zwar gering, aber nicht komplett irrelevant ist, zumal er einen relativ tiefen p-Wert aufweist. Die zweite Ausnahme ist der Effekt der zweiten Fragestunde 1999: Hier ist nicht nur der p-Wert sehr gering, sondern auch der Effekt sehr stark. Es handelt sich dabei nicht um eine statistische Kuriosität, sondern um eine Eigenheit des politischen Diskurses im Herbst 1999. Damals gab es politische Turbulenzen rund um die Landessaussstellung «Expo.01» (Welche im Herbst 1999 um ein Jahr verschoben und zur «Expo.02» umbenannt wurde), und

die Landesaussstellung wurde in dieser einen Fragestunde intensiv besprochen, was wiederum von den Medien aufgegriffen wurde.

Insgesamt findet die Hypothese H8 nur teilweise Unterstützung durch die Daten. Einerseits ist recht deutlich, dass die Medien am intensivsten über die Geschäfte des National- und des Ständerates berichten. Weniger klar ist aber, ob die Berichterstattung über Vorstösse grösser ist als über Fragestunden; die Daten sprechen eher dagegen.

Die Hypothese H9 postuliert, dass Journalistinnen und Journalisten in gleichem Masse nach Medienlogiken wie nach Politiklogiken handeln. Diese Hypothese prüfe ich sowohl anhand der inhaltsanalytischen Daten wie auch anhand der Interviews. Um die Hypothese H9 auf Ebene der Inhaltsanalyse zu prüfen, trenne ich die Berichterstattung in zwei Teile, die Parlamentsberichterstattung und die sonstige Politikberichterstattung<sup>40</sup>. Ich modelliere mit diesen zwei getrennten Medienagenden Zeitreihen, bei denen die Parlamentsberichterstattung die Antwortvariable bildet. Die Prädiktoren sind die Geschäfte des National- und des Ständerates, die eingereichten Vorstösse sowie jener Teil der Medienagenda, welcher keine Parlamentsberichterstattung enthält. Dieses Modell zeigt auf, ob die Parlamentsberichterstattung stärker durch die Inhalte des Parlamentes beeinflusst wird, oder durch die sonstigen Inhalte der Medien. Wenn Journalistinnen und Journalisten sich in der Parlamentsberichterstattung ausschliesslich nach Medienlogiken richten, dann ist anzunehmen, dass die Parlamentsberichterstattung inhaltlich eher die sonstige Agenda der Medien abbildet als die parlamentarische Agenda. Um diese Modelle prüfen zu können ist es, logischerweise, nötig, nicht mit den konkreten Themen, sondern mit Politikfeldern zu modellieren. Die konkreten Themen der Parlaments- und der restlichen Politikberichterstattung unterscheiden sich natürlich, sodass hier keine Beeinflussung möglich ist. Es ist aber denkbar, dass die Schwerpunktsetzung bei den Politikfeldern für die Parlamentsberichterstattung und für die sonstige Politikberichterstattung ähnlich ausfällt, wenn Medienlogiken tatsächlich dominant sind. Die Ergebnisse der Modelle für 1999 sind in Tabelle 25 zusammengefasst.

Die Ergebnisse der Modelle für 1999 sind für alle drei Wochen fast identisch. In allen Wochen übt die Zusammensetzung der Politikfelder des National- und des Ständerates einen substantiellen Effekt aus, gepaart mit stets tiefen bis sehr tiefen p-Werten. Die Zusammensetzung der Politikfelder in der Berichterstattung ohne Parlamentsbezug übt nur in der ersten Woche einen grösseren Effekt aus, aber der Effekt ist ein negativer, was bedeutet, dass die Zusammensetzung der Politikfelder der Nicht-Parlamentsberichterstattung die Zusammensetzung der Politikfel-

<sup>40</sup> Bei der qualitativen Inhaltsanalyse wurde auch dieses Merkmal bei den Untersuchungseinheiten in der Medienstichprobe mitcodiert.

**Tabelle 25:** Einfluss der Medienberichterstattung ohne Parlamentsbezug, der regulären Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Parlamentsberichterstattung für 1999.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
20.09. - 24.09.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	-0.200	0.135	0.145
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.348	0.049	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.392	0.043	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.132	0.089	0.145
27.09. - 01.10.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.071	0.130	0.585
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.365	0.058	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.129	0.053	0.018
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.085	0.067	0.205
04.10. - 09.10.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.007	0.095	0.946
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.350	0.065	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.249	0.076	0.002
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.020	0.093	0.830

Die Berechnungen wurden nicht anhand konkreter einzelner Themen, sondern anhand der Politikfelder der Themen gemacht, weil Parlamentsberichterstattung und Nicht-Parlamentsberichterstattung logischerweise unterschiedliche konkrete Themen beinhalten. «Medien ohne PB» ist abgekürzt für «Medien ohne Parlamentsberichterstattung». Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.594, für die zweite Woche 0.458 und für die dritte Woche 0.304.

der der Parlamentsberichterstattung nicht beeinflusst. Zudem weist dieser Effekt einen eher hohen p-Wert auf, sodass nicht sehr Wahrscheinlich ist, dass der Effekt tatsächlich besteht. Die Ergebnisse der Modelle für 2005 sind in Tabelle 26 zusammengefasst.

Die Ergebnisse für die Modelle der drei Wochen der Session 2005 sind weniger deutlich als in den Modellen für 1999, sie zeigen aber in die gleiche Richtung: Die Zusammensetzung der Politikfelder der Parlamentsberichterstattung ist in den ersten zwei Wochen stark durch den National- und den Ständerat beeinflusst, in der dritten Woche nur durch den Ständerat. Die Effekte der Politikberichterstattung ohne Bezug zum Parlament sind für die zweite und dritte Woche angesichts der hohen p-Werte eher unwahrscheinlich. In der ersten Woche aber ist der p-Wert tief genug, damit der Effekt als möglicherweise relevant gelten kann. Allerdings ist der Effekt in der ersten Woche im Vergleich zum Effekt der Geschäfte des National- und des Ständerates um knapp ein Drittel schwächer, und er weist darüber hinaus einen deutlich höheren p-Wert aus. Die Ergebnisse der Modelle für 2011 schliesslich sind in Tabelle 27 zusammengefasst.

Die Modelle für die ersten zwei Wochen der Session 2011 zeichnen erneut dasselbe Bild wie die Modelle für 1999 und 2005: Die grösseren Effekte mit tieferem p-Wert gehen von der Zusammensetzung der Politikfelder der Geschäfte des National- und des Ständerates aus. Auch in der dritten Woche haben die Geschäfte des National- und des Ständerates subsanzielle Effekte,

**Tabelle 26:** Einfluss der Medienberichterstattung ohne Parlamentsbezug, der regulären Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Parlamentsberichterstattung für 2005.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
19.09. - 23.09.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.207	0.107	0.060
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.313	0.032	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.320	0.044	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.067	0.058	0.257
26.09. - 30.09.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.084	0.081	0.303
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.366	0.027	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.286	0.033	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.063	0.059	0.290
03.10. - 08.10	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.113	0.135	0.406
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.470	0.058	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.050	0.048	0.297
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	0.048	0.107	0.657

Die Berechnungen wurden nicht anhand konkreter einzelner Themen, sondern anhand der Politikfelder der Themen gemacht, weil Parlamentsberichterstattung und Nicht-Parlamentsberichterstattung logischerweise unterschiedliche konkrete Themen beinhalten. «Medien ohne PB» ist abgekürzt für «Medien ohne Parlamentsberichterstattung». Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.643, für die zweite Woche 0.737 und für die dritte Woche 0.535.

aber in dieser Woche geht der stärkste Effekt von der Zusammensetzung der Politikfelder der Nicht-Parlamentsberichterstattung der Medien aus. Über alle Modelle hinweg hat die Nicht-Parlamentsberichterstattung nur in einer Woche einen wahrscheinlichen Effekt, die Geschäfte des Nationalrates hingegen in neun, die Geschäfte des Ständerates in acht modellierten Wochen einen wahrscheinlichen Effekt. Die quantitativen Daten sprechen also eher gegen die Hypothese H9, da sich Journalistinnen und Journalisten bei der Parlamentsberichterstattung deutlich stärker am Parlamentsgeschehen denn an den eigenen narrativen Präferenzen orientieren.

Auf der Ebene der qualitativen Interviews kommen die journalistischen Motivstrukturen in zwei Dimensionen zum Ausdruck. Einerseits bei der Frage, nach welchen Kriterien Journalistinnen und Journalisten auswählen, über welche Inhalte der Session sie berichten. Andererseits auch bei der allgemeineren Frage, was für Ziele die Journalistinnen und Journalisten mit ihrer Parlamentsberichterstattung verfolgen. Hinsichtlich der Auswahlkriterien für die Parlamentsberichterstattung ist das häufigste Argument die gesellschaftliche Relevanz der Themen. So beschreibt etwa eine Journalistin:

Ja, also gesellschaftliche Relevanz ist bei uns schon auch sehr wichtig. Also, ja klar, also gesellschaftliche Relevanz ist das Thema Nummer 1 bei uns. Also, ja, wir sind

**Tabelle 27:** Einfluss der Medienberichterstattung ohne Parlamentsbezug, der regulären Geschäfte aus dem National- und Ständerat sowie der Vorstösse auf die Parlamentsberichterstattung für 2011.

Zeitraum	Prädiktoren	Schätzung	PCSE	p
12.09. - 16.09.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.041	0.104	0.696
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.307	0.040	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.152	0.046	0.002
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.042	0.067	0.529
19.09. - 23.09.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.111	0.083	0.184
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.369	0.052	0.000
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.466	0.049	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.056	0.045	0.220
26.09. - 01.10.	Medien ohne PB <sub>t-1</sub>	0.418	0.127	0.002
	Nationalrat <sub>t-1</sub>	0.142	0.052	0.008
	Ständerat <sub>t-1</sub>	0.202	0.043	0.000
	Vorstösse <sub>t-1</sub>	-0.037	0.122	0.762

Die Berechnungen wurden nicht anhand konkreter einzelner Themen, sondern anhand der Politikfelder der Themen gemacht, weil Parlamentsberichterstattung und Nicht-Parlamentsberichterstattung logischerweise unterschiedliche konkrete Themen beinhalten.«Medien ohne PB» ist abgekürzt für «Medien ohne Parlamentsberichterstattung». Das korrigierte  $R^2$  beträgt für die erste Woche 0.449, für die zweite Woche 0.732 und für die dritte Woche 0.363.

ja auch die Bundeshausredaktion, also wir sind, wir können uns diese Seriosität noch am ehesten leisten, sage ich jetzt Mal, ja.

Die Relevanz der Themen bemisst sich dabei letztlich an einem quantifizierbaren Kriterium, nämlich der Anzahl Menschen, welche von diesem politischen Thema betroffen sind. So erklärt eine Journalistin:

Es geht ja meistens um eine Veränderung, die viele Leute betrifft zum Beispiel. Also wie, dass es viele Leute betrifft, dass es viele Leute ärmer macht oder reicher macht. Oder zum Beispiel, so Bildungsthemen sind grundsätzlich sehr relevant, weil alle Mal in die Schule gingen und viele haben Kinder, die in die Schule gehen usw. Steuern zum Beispiel ist ein schwieriges Thema, aber wenn du es so herunter brechen kannst, dass du dem Leser sagen kannst, warum es ihn betrifft und warum es für ihn wichtig ist, ist es ein sehr wichtiges Thema - so einfach, ja. Ja, [...] und die Betroffenheit der Leute ist wichtig, aber nicht nur emotionale Betroffenheit, sondern auch einfach sachlich, in einem sachlichen Sinn.

Nebst der Relevanz ist auch der Neuigkeitswert eines parlamentarischen Inhaltes als Selektionskriterium von Bedeutung, wie eine weitere Journalistin festhält:

Und ja es ist; die meisten Gesetzesvorlagen gehen ja dreimal durch die Räte und dann kommt es immer ein bisschen darauf an: Wenn etwas zum ersten mal kommt, schauen wir das an.

Als relevant erachtete Themen können aber auch eine hohe Komplexität haben; mit der Relevanz politischer Vorlagen im Sinne ihrer Tragweite steigt in der Regel auch ihre Komplexität. Um diesen Umstand wissen auch die Journalistinnen und Journalisten und sie versuchen aktiv, komplexe Themen nicht zu vermeiden, sondern sie angesichts ihrer Relevanz doch zu thematisieren. Ein Journalist meint dazu:

Es ist halt so, dass sehr, sehr technische Sachen ja enorm relevant sein können. Die sind einfach wahnsinnig schwierig, in einer Zeitung, oder via Medien generell zu vermitteln.[...] Wenn Sie so, vielleicht müssen Sie mit Schlagworten noch das Ganze vereinfachen, und dann interessiert es nämlich plötzlich, weil die Leute, ja, sie müssen wie betroffen sein, also wirklich.

Gemäss dieser Schilderung wird aktiv versucht, komplexe Themen über komplexitätsreduzierende Heuristiken zu verarbeiten. Ein ähnliches Vorgehen beschreibt ein weiterer Journalist:

Also weil man kann eben auch komplexe Themen, finde ich, kann man journalistisch coole Sachen machen, wenn man sich wirklich mit dem befasst und das eigentlich verständlich erklären kann. Eben, Energiewende, oder, das ist für mich immer so ein Paradebeispiel von technischen Fragen. Oder eben, gerade in der Verkehrspolitik, oder, Strassenfonds und Benzinpreiserhöhung und so. Das ist ja auch nicht, das ist vordergründig sehr einfach zu verstehen, aber man kann dort trotzdem relativ viel rausholen, indem man eigentlich die komplexen Informationen, die man von der Verwaltung erhält, herunterbricht.

Die Präferenz für als gesellschaftlich relevant erachtete Themen ist ein Handeln zugunsten der Politiklogiken. Natürlich wäre im Einzelfall zu prüfen, welche konkreten Themen aus welchen Gründen als relevant erachtet werden, und, ob diese Einschätzung irgendwie objektivierbar ist. Handlungstheoretisch aber ist das mit diesem Relevanzkriterium verfolgte Ziel eines, welches prinzipiell kompatibel mit Politiklogiken ist. Der Medialisierungsschritt in Form der Komplexitätsreduktion ist in diesem Sinne ein Schritt, der den Politiklogiken nicht abträglich ist. Das Kriterium der Relevanz fließt auch in die Auswahl der Vorstösse, über welche berichtet wird. Ein Journalist erklärt, dass sich die Relevanz eines Vorstosses auch daran bemisst, wie gross die Erfolgsschancen des Vorstosses sind:

Also wenn einfach ein, irgendein Hinterbänkler da eine Idee lanciert, wo wir genau wissen, das ist chancenlos, dann machen wir vermutlich auch nichts.

Obschon also die gesellschaftliche Relevanz von allen Journalistinnen und Journalisten als wichtiges Kriterium beschrieben wird, ist Relevanz nicht das einzige und vielleicht nicht das dominierende Auswahlkriterium. Ein Journalist beschreibt etwa, dass der Grad der Kontroverse der parlamentarischen Inahlte ein Kriterium darstellt:

Und dann gibts solche [Themen], die eben kontrovers sind. Die politisch kontrovers sind. Wir nehmen natürlich schon die, bei denen wir davon ausgehen können, dass es im Plenum eine engagierte, lebhafte, ja, eben auch kontroverse Diskussion geben wird.

Diese Orientierung an Kontroversen und Konflikten stellt bei den meisten Journalistinnen und Journalisten ein bedeutendes Kriterium dar. Eine Journalistin meint dazu kurz und knapp:

Wenn etwas sehr konfliktrträchtig ist, selbstverständlich betreuen wir das.

Ein weiteres für alle Journalistinnen und Journalisten wichtiges Kriterium, welches nicht unbedingt zugunsten der Politiklogiken ist, ist die Exklusivität der Inhalte. Ein Journalist erklärt, dass eingereichte Vorstösse nicht sehr interessant für ihn bzw. das Medium seien, weil eingereichte Vorstösse für alle öffentlich zugänglich sind:

Also wenn es, also gut, ein exklusiver, toller Vorstoss ist gut, aber in dem Sinne Ratsgeschäfte und Vorstösse eingereichte sind für uns natürlich weniger gut, als wenn wir irgendetwas Neues haben, das sonst niemand hat. Das heisst, das kann irgendwie sein: Kehrtwende in der CVP. Oder irgend so was in die Richtung, oder, das in dem Sinne relevant ist und so. Und das erfährt man halt wirklich häufig einfach in der Wandelhalle, wenn man einfach dort ist und mit den Leuten spricht und so.

Über Vorstösse wird punktuell aber dennoch berichtet, denn über bilateralen Austausch mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern erhalten Journaistinnen und Journalisten exklusiven Zugang zu Vorstössen, noch bevor diese eingereicht sind. Ein Journalist meint dazu:

Also es gibt, wenn, also es gibt Zeiten, da kann ich wirklich fast jedes Mal, wenn ich da in die Wandelhalle rübergehe, habe ich nachher wieder einen oder zwei Vorstösse in der Tasche, die mir jemand zugesteckt hat.



Die Exklusivität der Inhalte sieht ein Journalist denn auch als eines seiner generellen Ziele bei Parlamentsberichterstattung:

Und das heisst, dass man in dem Sinne versucht, Dinge herauszufinden und eben, wenn möglich, halt als Erster, oder, die ich in dem Sinne für meine Leser interessant finde, die ihnen je nach dem, weiss auch nicht, eine Erklärung sein kann, wie die Schweiz funktioniert.

Das Ziel des zitierten Journalisten besteht allerdings nicht in blosser Exklusivität, sondern in Exklusivität gepaart mit der vorher beschriebenen gesellschaftlichen Relevanz. Als übergeordnetes Ziel ihrer Arbeit haben einige Journalistinnen und Journalisten beschrieben, dass sie dazu beitragen möchten, dass Medien eine Kontroll- und Kritikfunktion ausüben. Eine Journalistin beschreibt die Funktion des Kontrollorgans als Ideal, nach welchem man sich richte:

Ich denke, wir sehen uns – also da kann ich glaube ich auch für unser Team [sprechen] – , wir sehen uns eben schon auch Kontrollorgan. Also das ist ein Idealbild natürlich. Ist nicht so, dass uns das immer gelingt.

Diese Kontrollfunktion beschreibt eine weitere Journalistin als das Hinterfragen des Parlamentsgeschehens aus einer breiteren, kontextualisierenden Sicht:

wir hinterfragen ja in erster Linie auch. Also natürlich, wir sprechen jetzt immer nur über die Sessionen und dort ist der Berichterstattungscharakter relativ hoch. Aber wir versuchen ja auch die Arbeit des Parlaments und auch die Entscheide, die ja manchmal widersprüchlich sein können, von einem Jahr auf das andere zum Beispiel.

Eine andere Journalistin betont ebenfalls das Ziel der Einordnungsfunktion:

Eine neutrale Berichterstattung, auch eine Information, die Menschen quasi darüber zu informieren, was aktuell geht und wie die verschiedenen Meinungen dazu lauten, aber auch, wie das Ganze im Gesamtkontext zu sehen ist, also auch diese einordnende Funktion, die wir haben, die auch immer wichtiger ist. Also, wie ist das im Gesamtkontext zu sehen, wie sind die Zusammenhänge mit anderen Themen, mit anderen Ländern, also das auch aufzuzeigen.

Dieses journalistische Einordnen und Erklären beschreibt eine Journalistin als Aufklärungsfunktion:

Ich möchte, ja schon, für mich ist Journalismus schon auch Aufklärung, also im klassischen Sinne eigentlich. Dass ich zeigen möchte, was Wichtiges passiert und den Leuten auch ein bisschen erklären vielleicht, was Wichtiges passiert.

Ein Journalist relativiert diese an den Politiklogiken orientierten Ziele ein Stück weit mit dem Verweis, dass im journalistischen Alltag auch eine wichtige Rolle spielt, wie der journalistische Output rezipiert wird:

Wenn [Zeitungstitel] am Tag 1 merkt, mit diesem Thema auf der Titelseite verkaufen wir die Zeitung gut, dann versucht er das gleiche Thema am nächsten Tag zwingend noch einmal auf die Titelseite zu hebeln, sag ich Mal, und sucht dann entsprechende Aufhänger. Also das ist ein Faktor sicher.

Die Ergebnisse der qualitativen Interviews deuten an, dass Journalistinnen und Journalisten in ihrem Selbstverständnis generell stark nach Politiklogiken operieren. Sie wählen Themen anhand des Relevanzkriteriums der Tragweite der politischen Geschäfte aus, und sie erachten die Kontroll-, Einordnungs- und Aufklärungsfunktion als ihr Ziel. Gleichwohl handeln sie auch nach Präferenzen wie Konfliktivität und Kontroverse, Neuigkeitswert und Exklusivität, sowie auch der Rezeptivität des Publikums für Themen. Diese Befunde stützen die Hypothese H9.

### 5.1.6 Zusammenführung der Ergebnisse

In Unterunterabschnitt 5.1.3 habe ich die qualitativen und quantitativen Ergebnisse derart zusammengefasst, dass ich jeweils angegeben habe, für wie wahrscheinlich ich die Gültigkeit der jeweiligen Hypothese gegeben der verfügbaren Evidenz halte. In Tabelle 28 ergänze ich diese Einschätzung nun noch um die Hypothesen H7, H8 und H9.

In Hypothese H7 postuliere ich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier medialisiert nur als Mittel zum Zweck der Politiklogiken handeln. Das Gewicht der Evidenz aus den qualitativen Interviews erachte ich als derart gross, dass ich fast sicher bin, dass diese Hypothese nicht zutrifft. Die Heftigkeit dieser Einschätzung zeugt vielleicht von einer verzerrten Erwartungshaltung, welche zu dieser Hypothese geführt hat. Es ist, im Nachhinein betrachtet, nämlich vielleicht etwas unrealistisch, die Hypothese überhaupt so aufzustellen. Bei der Beurteilung der Ergebnisse zu Hypothese H8 schwingen die unterschiedlichen Teilergebnisse mit. Hypothese H8 postuliert, dass Medien am stärksten über die Geschäfte des National- und des Ständerates berichten, gefolgt von Vorstössen, und am wenigsten über die Fragestunden. Die Ergebnisse legen einerseits sehr deutlich nahe, dass die Medien am stärksten und am konsistentesten über

**Tabelle 28:** Zusammenfassung der Hypothesen H1 bis H9.

Hypothese	Ergebnis		
	quantitativ	qualitativ	total
H1	0.3	0.2	0.25
H2	0.3	0.2	0.25
H3	0.7	0.9	0.8
H4	0.8	0.9	0.85
H5	0.7	0.6	0.65
H6	-	-	0.225
H7	-	0.1	0.1
H8	0.3	-	0.3
H9	0.3	0.8	0.55

Die Werte geben an, für wie wahrscheinlich ich die Gültigkeit der Hypothesen gegeben der Evidenz halte. 0 bedeutet, dass ich die jeweilige Hypothese mit der jeweiligen Evidenz als sicher ungültig erachte; 1 bedeutet, dass ich die jeweilige Hypothese mit der jeweiligen Evidenz als sicher gültig erachte.

die Geschäfte des National- und Ständerates berichten. Andererseits deuten die Ergebnisse auch darauf hin, dass Medien, anders als in der Hypothese H8 postuliert, stärker über Fragestunden als über eingereichte Vorstösse berichten. Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H8 gültig ist, setze ich aber dennoch nicht maximal tief, weil das Teilergebnis, welches die Widerlegung der Hypothese H8 nahelegt, möglicherweise eine Folge der unterschiedlichen quantitativen Modellierungen ist. Um nämlich zu prüfen, ob Fragestunden die Medienagenda des nächsten Tages beeinflussen, vergleiche ich lediglich die Agenda der Fragestunde mit der Agenda der Medien vom Folgetag. Den Einfluss der Geschäfte des National- und des Ständerates sowie der eingereichten Vorstösse modelliere ich hingegen alle gemeinsam in Zeitreihe-Modellen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Effekte der Fragestunden geringer ausgefallen wären, hätte ich auch in den Modellen zu den Fragestunden die Agenden des National- und des Ständerates sowie der eingereichten Vorstösse eingebaut.

Die Differenz zwischen meiner Einschätzung der qualitativen und der quantitativen Evidenz zu Hypothese H9 ist gross. Hypothese H9 postuliert, dass Journalistinnen und Journalisten in gleichem Masse exklusiv nach Medienlogiken und zusätzlich auch nach Politiklogiken handeln. Die quantitativen Zeitreihe-Modelle haben allerdings den Schluss nahegelegt, dass die Parlamentsberichterstattung in erster Linie durch das Geschehen im National- und im Ständerat bedingt ist. In den qualitativen Interviews hingegen hat sich recht deutlich gezeigt, dass Journalistinnen und Journalisten zumindest in ihrer Selbstwahrnehmung eine Balance halten zwischen Präferenzen, welche sich mit den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger,

also den Politiklogiken, überschneiden und Präferenzen, welche nur die Präferenzen von Journalistinnen und Journalisten selber umfassen, also Medienlogiken ohne Schnittmenge mit den Politiklogiken. Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H9 gegeben der qualitativen Evidenz gültig ist, setze ich trotzdem nicht maximal hoch an, weil in den Interviews ein leichter Überhang zugunsten der Politiklogiken vorhanden ist.

Die in Tabelle 28 festgehaltenen Wahrscheinlichkeiten, oder, anders formuliert, die Grade der subjektiven Gewissheiten ob der Gültigkeit der Hypothesen gegeben der Evidenz, umfassen ein breites Spektrum, von 0.1 bis 0.85. In einer simplen, binären Unterscheidung der Ergebnisse nach «widerlegt» und «bestätigt» wären vier Hypothesen bestätigt, fünf widerlegt. Eine solche Dichotomisierung macht nach meinem Dafürhalten aber keinen Sinn. Hypothese H9 beispielsweise würde als bestätigt gelten, obwohl ihre explizit eingeschätzte Wahrscheinlichkeit mit 0.55 näher an der Wahrscheinlichkeit der widerlegten Hypothese H8 denn an der bestätigten Hypothese H4 liegt.

## 5.2 Diskussion

### 5.2.1 Forschungsfrage 1: Präferenzen im Parlament

Die erste Forschungsfrage fragt nach dem Verhältnis von Politiklogiken zu Medienlogiken in dem Handeln von Parlamentarierinnen und Parlamentariern:

- **FF1:** *In welchem Masse handeln Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach Politiklogiken und in welchem Masse nach Medienlogiken?*

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, habe ich sieben Hypothesen geprüft. In der ersten Hypothese H1 habe ich postuliert, dass das Abstimmungsverhalten im Nationalrat nicht durch die mediale Berichterstattung zu den Geschäften, über welche abgestimmt wird, beeinflusst wird. Sowohl die qualitativen wie auch die quantitativen Ergebnisse zu Hypothese H1 sprechen gegen diese. Darum erachte ich die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H1 gültig ist, mit einem Wert von 0.25 als tief – und damit die Wahrscheinlichkeit, dass die Hypothese ungültig ist, mit 0.75 als hoch. In der zweiten Hypothese H2 postuliere ich dasselbe wie in Hypothese H1, nur auf den Ständerat bezogen. Aus der verfügbaren Evidenz zu Hypothese H2 schliesse komme ich zu demselben Schluss wie für Hypothese H1: Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H2 zutrifft, erachte ich gegeben der Evidenz als sehr unwahrscheinlich, nämlich 0.25; die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H2 ungültig ist, sehe ich mit 0.75 als eher hoch. In Hypothese H3 postuliere ich, dass die während einer Session eingereichten Vorstösse durch Berichterstattung

beeinflusst sind. Für Hypothese H3 lese ich die Evidenz deutlich zugunsten der Hypothese und gehe davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H3 zutrifft, bei einem hohen Wert von 0.8 liegt. Als noch ein Stück deutlicher erachte ich die Evidenz zu Hypothese H4, welche postuliert, dass die Fragen in den Fragestunden durch Berichterstattung beeinflusst sind: Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H4 gültig ist, setze ich mit 0.85 recht hoch an. Mit der Hypothese H5 prüfe ich, ob die Fragestunden wie vermutet stärker durch mediale Berichterstattung beeinflusst sind als die eingereichten Vorstöße. Auch diese Hypothese erachte ich als durch die empirische Evidenz gestützt, aber nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.65, da die Ergebnisse zu dieser Hypothese mit einem nicht unbedeutenden Mass an Ungewissheit behaftet ist.

Zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage sind vor allem die Hypothesen H6 und H7 von Bedeutung. Mit der Hypothese H6 postuliere ich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier stärker nach den reinen Politiklogiken denn nach den reinen Medienlogiken sowie der Schnittmenge der Politik- mit den Medienlogiken handeln. Das Prüfen der Hypothese H6 besteht lediglich in einem einfachen Aggregieren der Wahrscheinlichkeiten der Hypothesen H1 bis H4. Das Ergebnis dieser zusammenfassenden Aggregation ist eine Wahrscheinlichkeit von lediglich 0.225 für die Hypothese H6. Somit erachte ich die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier stärker nach den reinen Politiklogiken handeln, als tief. Mit der Hypothese H7 prüfe ich in Ergänzung zu Hypothese H6, ob jener Teil des Handelns der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welcher nicht aus den reinen Politiklogiken besteht, ausschliesslich aus der Schnittmenge der Politik- und der Medienlogiken besteht. Die Wahrscheinlichkeit, dass Hypothese H7 zutrifft, erachte ich gegeben der starken Evidenz mit einem Wert von 0.1 als sehr tief.

Auf die erste Forschungsfrage liefern die empirischen Analysen zwei konkrete Antworten:

- Die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ausschliesslich nach reinen Politiklogiken handeln, beträgt gegeben der Evidenz dieser Arbeit 0.225.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier medialisiert ausschliesslich als Mittel zum Zweck der Politiklogiken handeln, beträgt gegeben der Evidenz dieser Arbeit 0.1.

### 5.2.2 Forschungsfrage 2: Präferenzen in den Medien

Die zweite Forschungsfrage fragt nach dem Verhältnis von Politiklogiken zu Medienlogiken in dem Handeln von Journalistinnen und Journalisten:

- **FF2:** *In welchem Masse handeln Journalistinnen und Journalisten in der Berichterstattung über das Parlament nach Medienlogiken und in welchem Masse nach Politiklogiken?*

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, habe ich zwei Hypothesen geprüft. Mit Hypothese H8 habe ich postuliert, dass Medien am intensivsten über die Geschäfte des National- und des Ständerates berichten, gefolgt von den eingereichten Vorstößen und am wenigsten über Fragestunden. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Hypothese zutrifft, schätze ich mit 0.3 tief ein. Dies, weil zwar die Berichterstattung zu den Geschäften des National- und des Ständerates am intensivsten ist, die Berichterstattung über die Fragestunden aber stärker als die Berichterstattung über eingereichte Vorstöße ist. Mit der Hypothese H9 habe ich postuliert, dass sich Journalistinnen und Journalisten in ihrem Handeln in gleichem Umfang an Politiklogiken wie an Medienlogiken orientieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Hypothese zutrifft, schätze ich mit einer sehr unsicheren Wahrscheinlichkeit von 0.55 ein, und zwar, weil die qualitative und die quantitative Evidenz sehr unterschiedliche Schlüsse nahe legen, was aggregiert in einer Unsicherheit mündet.

Die empirischen Analysen liefern eine konkrete Antwort auf die zweite Forschungsfrage.

- Die Wahrscheinlichkeit, dass Journalistinnen und Journalisten im Kontext der Parlamentsberichterstattung stärker nach reinen Medienlogiken handeln als nach der Schnittmenge von Medienlogiken und Politiklogiken, beträgt gegeben der Evidenz dieser Arbeit:

$$\frac{(1-0.3)+(1-0.55)}{2} = 0.575$$

### 5.2.3 Forschungsfrage 3: Wandel

Die dritte Forschungsfrage fragt nach dem Wandel der Befunde zu den ersten zwei Forschungsfragen im Zuge der Medienkrise:

- **FF3:** *Wandeln sich die Präferenzen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie von Journalistinnen und Journalisten im Zuge der Medienkrise?*

Für diese Forschungsfrage habe ich keine Hypothesen formuliert und geprüft, sondern gehe lediglich an dieser Stelle in explorativer Manier auf sie ein. Eine Annäherung – aber keine zuverlässige bzw. plausible Beantwortung – an die dritte Forschungsfrage ist anhand zweier Datengrundlagen möglich. Erstens können die quantitativen Auswertungen, welche ich zum Zwecke der Beantwortung der Hypothesen durchgeführt habe, insofern verglichen werden, als jede Auswertung in dreifacher Ausführung erfolgt, nämlich für 1999, für 2005 und für

2011. Zweitens können die qualitativen Interviews Anhaltspunkte darüber liefern, was für Veränderungen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie die Journalistinnen und Journalisten für den Zeitraum der Medienkrise wahrnehmen.

Bei den ersten beiden Hypothesen hat sich gezeigt, dass der potenzielle Einfluss der Berichterstattung auf das Abstimmungsverhalten für die Jahre 1999 und 2005 wahrscheinlich ist, für 2011 hingegen weniger. Dies kann ein blosses Artefakt der Fallzahlen sein; 2011 fanden in der Herbstsession lediglich 36 Gesamt- und Schlussabstimmungen im National- und Ständerat statt. Mit einer Fallzahl von 40 fanden in der Herbstsession 2005 aber nicht bedeutend mehr Gesamt- und Schlussabstimmungen statt, die Effekte sind aber klarer. Bei der Hypothese H3 fällt auf, dass ein wahrscheinlicher Einfluss der Medien auf die eingereichten Vorstösse sowohl 1999 als auch 2005 vorhanden ist, nicht aber 2011. Dieses Muster bereits als Wandel zu interpretieren, dürfte wohl nicht korrekt sein, nicht zuletzt, weil der Effekt für 1999 schwächer als der Effekt für 2005 ist. Somit handelt es sich nicht um eine lineare Abnahme des Effektes über die Zeit. Für die Hypothese H4 ist zwar zu beobachten, dass die Effekte nicht für alle Fragestunden und für alle Jahre gleich ausfallen, aber die Effekte bleiben gleich umfangreich und gleich stark. Die Ergebnisse der Analysen für die Hypothese H8 deuten ebenfalls nicht auf Veränderungen im Zuge der Medienkrise: Für alle drei Jahre bleiben die Effekte des National- und des Ständerates in etwa gleich gross und haben in etwa gleich tiefe p-Werte. Auch die Effekte der Fragestunden auf die Berichterstattung im Kontext der Hypothese H8 können kaum als Wandel interpretiert werden, da ein wahrscheinlicher Effekt für 1999 und 2011 zu beobachten ist. Die Ergebnisse der Modelle im Kontext der Hypothese H9 könnten auf den ersten Blick Anlass zur Vermutung geben, dass ein Wandel stattfindet: Die Medienagenda ohne Parlamentsberichterstattung übt in einer Woche im Jahr 2011 einen wahrscheinlichen und grossen Effekt auf die Medienagenda mit Parlamentsberichterstattung aus. Der Eindruck eines möglichen Wandels wird durch den Umstand verstärkt, dass im Kontext der Hypothese H9 auch in einer Woche für 2005 ein potenzieller Effekt vorhanden ist, und zwar ein schwächerer, aber auch ein unwahrscheinlicher. Dies regt zu der *ad hoc*-Hypothese an, dass 1999 noch keine Effekte vorhanden sind, 2005 schwache und 2011 starke. Diese *ad hoc*-Hypothese wäre allerdings erst dann plausibel, wenn ein solches Muster für alle drei Wochen pro Jahr beobachtbar wäre und nicht bloss für eine Woche pro Jahr.

Aus den quantitativen Analysen lassen sich also keine plausiblen Veränderungen im Zuge der Medienkrise feststellen. Im Rahmen der qualitativen Interviews haben allerdings sowohl Parlamentarierinnen und Parlamentarier wie auch Journalistinnen und Journalisten einige Entwicklungen in den letzten knapp 15 Jahren beschrieben. Die mit Abstand am häufigsten

geschilderte Veränderung ist die Wahrnehmung, dass Medien viel Qualität eingebüsst haben. Als Ursachen für die Qualitätseinbussen der Parlamentsberichterstattung werden unterschiedliche Gründe genannt. Einer davon ist die Zunahme des Zeitdrucks bzw. die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten. Eine Journalistin erklärt diesen gestiegenen Zeitdruck mit dem hohen Publikationsrhythmus der Online-Nachrichtenseiten:

Das hat sicher mit der Schnelligkeit etwas zu tun, oder? Früher hatte man einfach mehr Zeit. Mit diesem ganzen Online-Journalismus, das geht sofort aufs Netz. Der Druck auch von intern, also, dass man schnell arbeiten muss.

Die gestiegene Arbeitsbelastung hängt aber auch mit der personellen Situation zusammen. So beschreibt ein Journalist, dass noch vor weniger Jahren der gleiche Umfang an Arbeit durch mehr Personen erledigt wurde:

Ja, also ich möchte jetzt nicht sagen, dass vor 3 Jahren einfach alles viel, viel besser war. Aber ja, es ist klar, wenn wir etwas mehr Leute wären, hätten wir auch mehr Zeit, uns mit der Materie zu beschäftigen. Und das wäre für die Qualität sicher förderlich. Es gibt halt einfach wirtschaftliche Realitäten, die halt so sind, wie sie sind.

Die personelle Situation beschreibt auch eine weitere Journalistin als ein Problem, dass sich vor allem bei privaten Medien bemerkbar macht:

Es hängt natürlich damit zusammen, dass die Privaten sehr schlecht zahlen. Also nehmen sie, müssen sie relativ junge, nicht gut ausgebildete Leute nehmen, die dann logischerweise auch nicht ewig bleiben. Und im Arbeitsalltag müssen die noch viel viel viel schneller – noch viel schneller produzieren. Also das ist eine ziemlich komplexe Angelegenheit.

Ein Mitglied des Nationalrates erklärt, dass diese oftmals jungen Journalistinnen und Journalisten zwar prinzipiell kompetent sind, aber nicht die Funktion haben, sich vertiefte Dossier-Kenntnisse anzueignen, sondern eher, rasch Output zu generieren:

Die können einem nicht erklären was zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg passiert ist. Die können einem nicht genau erklären DDR/BRD und sofort. Das sind zwar gescheite Leute, die ein Gymnasium abgeschlossen haben, haben irgendwie Medien-Kommunikation studiert drei Jahre, haben den Bachelor und jetzt los.



Ein Journalist bestätigt diese Sichtweise und argumentiert, dass junge Journalistinnen und Journalisten heute grundsätzlich andere Biographien aufweisen:

Die haben meistens irgendeinen Bachelor gemacht, oder irgendwas, äh, Master in weiss nicht was gemacht und – was es früher, glaub ich, in dieser Form nicht gegeben hat – arbeiten dann schon bei der Sonntagszeitung, beim Blick, beim wo auch immer, Tages-Anzeiger, NZZ, auch die machen das im Übrigen; alle Verlage, aus Kosten-, Spardruck. Und es war früher wirklich nicht so, da hat man eben noch den klassischen Weg über die Lokalzeitung vielleicht gemacht. Oder in der Regionalzeitung eben war man lange Volontär und musste lernen und vielleicht nebenan noch eine Journalistenschule besuchen.

Die Kombination der gestiegenen Arbeitslast mit dem demografischen Wandel der Redaktionen hat zur Folge, so das Argument einer Reihe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern wie auch von Journalistinnen und Journalisten, dass es zu einem Kompetenzschwund kommt. Eine Journalistin erklärt beispielsweise, dass diese Jungjournalistinnen und -journalisten rein fachlich mit dem Parlamentsgeschehen bisweilen überfordert sind:

Und was ich vorhin gesagt habe mit der Fachkompetenz. Also ich höre wirklich manchmal Interviews von jungen KollegInnen unter extremem Zeitdruck, die wirklich die Botschaft zum Thema nicht gelesen haben, auch nicht gelesen haben können. Ich werfe das ihnen überhaupt nicht vor, sondern sie tun mir dann auch Leid. Und die müssen sich dann wirklich sehr viel erklären lassen. Und so diese stressige Session, auch für die Parlamentarier, und dann hineinrennen, und dann die Verpflichtung, die sie sonst haben, und dann jemandem die ganze Gesundheitsökonomie erklären. Ich glaube, das gibt dann vielleicht so ein bisschen eine Unruhe. So würde ich das beschreiben.

Eine Parlamentarierin beschreibt mit sehr deutlichen Worten ihre Erfahrungen mit solch jungen, fachlich nicht sehr fundierten Journalistinnen und Journalisten:

Dann hat die Qualität der Journalisten mit diesen Gratiszeitungen massiv abgenommen. Wirklich massiv. Ich erlebe es regelmässig, dass mich Journalisten, auch aus ganz wichtigen Zeitungen, anrufen und fragen, um was es da genau ginge und anschliessend einen kleinen Artikel darüber schreiben, aufgrund dessen, was ich ihnen erklärt habe. Denn sie haben keine Ahnung. Sie haben wirklich keine Ahnung von der Materie.

Ein Mitglied des Ständerates betont, dass Journalistinnen und Journalisten mit langjähriger Erfahrung wichtig sind, weil mit der Erfahrung auch das Wissen, also die Kompetenz zunimmt:

Und man stellt das immer wieder fest, dass ja bei einzelnen Medien es langjährige Mitarbeitende gibt und bei anderen Medien, jedes Mal eine andere Person erscheint. Und das ist auch ein Zeichen der Kompetenz und der Kontinuität. Und diese [Journalisten] sind wirklich; denen ist ein Kranz zu binden, die wissen dann auch wie sie die Ergebnisse zu kommunizieren haben.

Eben diese Journalistinnen und Journalisten verlassen aber zunehmend Medien und wenden sich der PR-Branche zu. So bemerkt ein Mitglied des Nationalrates etwa, dass die Bundesverwaltung ein beliebter Arbeitgeber sei:

Und Qualitätsjournalisten verlassen auch die Medienhäuser. Also die gehen. Es sind zahlreiche Abgänge zu irgendwelchen, meistens sind es Bundesämter, die dann einfach, ja, die sind dann einfach verloren für den Journalismus, auf immer, die kommen nicht mehr zurück, ja. Es ist sehr schade.

Eine sehr ähnliche Beobachtung macht auch ein Journalist:

Ja genau, [PR-Branche] so, oder Sprecher eines - also das ist ja das, was viele jetzt bei uns machen, in meinem Alter. Sie gehen als Sprecher zu einem Bundesamt, oder bei einem Verband machen sie eben PR-Arbeit, Kommunikation.

Praktisch alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Journalistinnen und Journalisten nehmen Qualitätseinbussen in der Parlamentsberichterstattung infolge grosser struktureller und personeller Umbrüche wahr – sie beschreiben also die Medienkrise und die Folgen der Medienkrise auf der inhaltlichen Ebene des journalistischen Outputs. Das drängt eine offensichtliche Frage auf: Warum äussert sich die Medienkrise, so, wie die betroffenen Akteure sie wahrnehmen, in den inhaltsanalytischen Daten überhaupt nicht? Hierfür gibt es, so meine ich, mehrere Gründe. *Erstens* sind die Stichprobenjahre, welche ich verwende, nicht gut geeignet, um die Medienkrise abzugreifen. Es handelt sich um nur drei zeitliche Datenpunkte, also 1999, 2005 und 2011, was schlicht zu wenig ist, um plausible Aussagen über die zeitliche Entwicklung machen zu können. Die Datenpunkte liegen zudem auch relativ weit auseinander, wobei der jüngste Datenpunkt das Jahr 2011 ist – bereits zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Arbeit im Jahr 2015 ist die Stichprobe veraltet, wenn es darum geht, den rasanten Verlauf der Medienkrise zu messen.

*Zweitens* geht aus den Einschätzungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie der Journalistinnen und Journalisten hervor, dass die inhaltlichen Folgen der Medienkrise in der *Qualität* der Berichterstattung zu verfolgen sind, nicht zwingend in der blossen *Quantität*. Die Inhaltsanalyse der vorliegenden Arbeit wurde zwar auch qualitativ durchgeführt, aber nur mit dem Ziel, die Politikfelder und die konkreten Themen zu identifizieren. Die *Art und Weise*, wie diese Politikfelder und Themen in den Medien präsentiert werden, erschliesst sich aus der durchgeführten Inhaltsanalyse nicht.

*Drittens*, und vielleicht am wichtigsten: Der Umstand, dass die in dieser Arbeit umgesetzte Inhaltsanalyse keine Effekte der Medienkrise zeigt, könnte schlicht auch bedeuten, dass die Medienkrise die generellen Agenda Setting-Dynamiken zwischen Parlament und Medien, wie ich sie untersuche, nicht tangiert – Medienkrise schlägt sich also vielleicht schlicht nicht in den Agenda Setting-Dynamiken, wie sie in der vorliegenden Arbeit untersucht sind, nieder.

Was also ist, zusammengefasst, das Fazit der knappen Exploration zur dritten Forschungsfrage? Es zeigt sich, dass sowohl Parlamentarierinnen und Parlamentarier wie auch Journalistinnen und Journalisten eine Abnahme der Berichterstattungsqualität infolge erschwelter journalistischer Arbeitsbedingungen und des demografischen Wandels der Redaktionen wahrnehmen. Diese Formen der Medienkrise sind potenziell für die Präferenzen der Journalistinnen und Journalisten relevant: Wenn mit weniger Ressourcen mehr Arbeit durch weniger erfahrene und fachkompetente Journalistinnen und Journalisten erbracht werden muss, dann stellt sich die Frage, nach welchen Präferenzen diese neueren Journalistinnen und Journalisten handeln. Die kurze Exploration zur Forschungsfrage 3 gibt Anlass zu der Annahme, dass das journalistische Handeln im Zuge der Medienkrise stärker ausschliesslich nach Medienlogiken denn nach der Schnittmenge von Medienlogiken und Politiklogiken stattfindet. Diese Hypothese muss aber, selbstredend, zunächst in weiterführender Forschung geprüft werden; der Exkurs zu der dritten Forschungsfrage in der vorliegenden Arbeit plausibilisiert höchstens den Entdeckungszusammenhang einer solchen weiterführenden Forschungsarbeit. Für eine solche weiterführende Forschung dürfte die Arbeit mit qualitativen Methoden zielführend sein. Nebst qualitativen Interviews können auch ethnographisch inspirierte Methoden wie etwa die Methode der Beobachtung (Spradley 1980) Prozesse und Dynamiken festhalten, wie sie sich inhaltsanalytisch nur schwer rekonstruieren lassen.

**Open Access** Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche für nicht kommerzielle Zwecke die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Etwasige Abbildungen oder sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende oder der Quellreferenz nichts anderes ergibt. Sofern solches Drittmaterial nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht, ist eine Vervielfältigung, Bearbeitung oder öffentliche Wiedergabe nur mit vorheriger Zustimmung des betreffenden Rechteinhabers oder auf der Grundlage einschlägiger gesetzlicher Erlaubnisvorschriften zulässig.

